


Bilanz der Regierung des Aufbruchs und der Zukunftschancen



Die Ergebnisse der rheinland-pfälzischen
Landesregierung in der 18. Wahlperiode
von 2021 bis 2026



Die Koalition hat 2021 miteinander den ‚Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz‘ geschlossen und den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, das Land auf die Herausforderungen und Chancen des Veränderungsjahrzehnts auszurichten und dabei dem Leitsatz zu folgen, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke in Einklang zu bringen. Um diese Ziele zu erreichen, hat sich die Landesregierung vorgenommen, die Innovationskraft unserer Wirtschaft zu stärken, den Weg hin zur Klimaneutralität einzuschlagen, Mobilität neu zu denken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft nachhaltig und für alle zugänglich zu gestalten, öffentliche Verwaltung effizient und bürgernah zu modernisieren, den Zusammenhalt des Landes zu sichern für eine starke Demokratie und ein freiheitliches und weltoffenes Rheinland-Pfalz. Im Frühjahr 2021 war nicht abzusehen, dass die schlimmste Naturkatastrophe seit Kriegsende Rheinland-Pfalz heimsucht, ein Krieg mitten in Europa ausbricht, Deutschland mit einer historischen Energiekrise konfrontiert wird, einer unserer engsten Handelspartner die Welt mit Zöllen überzieht und KI-Assistenten zum Alltagsbegleiter werden. Wir haben in diesen Veränderungsjahren zusammen die richtigen Entscheidungen getroffen, um Krisen zu überwinden und Chancen zu nutzen. Als Landesregierung, getragen von den Fraktionen der SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und FDP, arbeiten wir erfolgreich für das Land – vertrauensvoll, sachorientiert mit dem gemeinsamen Ziel, Rheinland-Pfalz in eine gute Zukunft zu führen. In fast fünf Jahren Regierungsarbeit haben wir die Weichen für den Eintritt in ein Veränderungsjahrzehnt gestellt. Eine Auswahl wichtiger Weichenstellungen und Erfolge sind auf den folgenden Seiten exemplarisch zusammengestellt.

Alexander Schweitzer,
Ministerpräsident

Katharina Binz,
stellvertretende
Ministerpräsidentin,
Ministerin für Familie,
Frauen, Kultur und
Integration

Daniela Schmitt,
Ministerin für Wirtschaft,
Verkehr, Landwirtschaft
und Weinbau

Staatskanzlei.....	6
I. Wir unterstützen das Ehrenamt mit 1,5 Millionen Engagierten und der bundesweit zweithöchsten Vereinsdichte	6
II. Medienpolitik ist Demokratiepolitik: Rheinland-Pfalz setzt sich für freie und vielfältige Medien ein und fördert die Medienkompetenz.....	7
III. Rheinland-Pfalz ist international engagiert	8
Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration	9
I. Aufwachsen und Leben ohne Gewalt.....	9
II. Kultur in Rheinland-Pfalz zukunftsfest aufstellen	10
III. Wir stärken Integration und krisenfeste Fluchtaufnahmekapazität	10
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.....	12
I. Ein innovativer und langfristig international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort..	12
II. Eine sichere, moderne und leistungsfähige Infrastruktur für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger	12
III. Eine zukunftsfähige, innovative und moderne Landwirtschaft für die kommende Generation	13
Ministerium des Innern und für Sport	14
I. Sicherheit in Stadt und Land.....	14
II. Rheinland-Pfalz steht an der Seite seiner Kommunen	14
III. Wir haben den Katastrophenschutz neu aufgestellt.....	15
Ministerium der Finanzen	16
I. Wir entschulden Städte und Gemeinden und erhöhen die kommunale Handlungsfähigkeit.	16
II. Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ und Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ werden das Land für die Zukunft aufstellen.	16
III. Mit den vielfältigen und attraktiven Programmen der sozialen Wohnraumförderung schaffen und erhalten wir bezahlbaren Wohnraum	17
Ministerium der Justiz	18
I. Digitalisierung der Justiz	18
II. Mehr Stellen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug.....	19
III. Wir verbessern die Versorgung psychisch auffälliger und kranker Gefangener.....	20
Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung	21
I. Struktur- und Technologiewandel aktiv gestalten	21
II. Wir vernetzen Land und Leute	21

III. Sozialen Zusammenhalt stärken.....	23
Ministerium für Bildung	24
I. Rheinland-Pfalz ist das Land der Chancengleichheit. Bei uns stehen Kinder und Jugendliche und ihre Familien im Mittelpunkt.....	24
II. Gute und verlässliche Bildung – von Anfang an und überall in Rheinland-Pfalz.....	25
III. Wir gestalten die Schule der Zukunft.	25
Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit	26
I. Gute medizinische Versorgung in den Städten und auf dem Land	26
II. Rheinland-Pfalz entwickelt sich zu einem führenden Biotechnologie-Standort.....	27
III. Hochschulen stärken	28
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität	29
I. Wir schützen das Klima mit mehr Erneuerbaren Energien	29
II. Bürgerinnen und Bürger werden unterstützt, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen	30
III. Vielfalt der Arten und Lebensräume werden erhalten.	30
Gemeinsam bauen wir wieder auf	32
Sondervermögen „Aufbauhilfe Rheinland-Pfalz 2021“	32
Wiederaufbau.....	32
Wirtschaft	33
Wasserwirtschaft.....	34
Schulen und Kitas.....	34
Familie und Kultur	35
Arbeit und Qualifizierung	35
Medizinische Versorgung	35

Die Landesregierung hat ressortübergreifend an den Zukunftsthemen dieses Landes gearbeitet und gemeinsame Erfolge umgesetzt. Die gute Zusammenarbeit über Zuständigkeiten hinweg zeigte sich besonders bei den folgenden Kraftanstrengungen:

- Der neu geschaffene **Biotechnologie-Beirat** hat die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Stärken des Landes weiter ausgebaut. Wir sind auf einem guten Weg, ein weltweit führender Biotechnologiestandort zu werden.
- Mit dem **KIPKI-Förderprogramm** wurden Kommunen und Unternehmen unterstützt, Investitionen in Klimaschutz und Innovation oder Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung umzusetzen
- Bei den beiden **Bürokratieabbaupaketen** haben alle Ministerien und deren nachgeordnete Behörden gemeinsam mehr als 90 Einzelmaßnahmen zur Entbürokratisierung auf den Weg gebracht.
- Das ressortübergreifende **Fachkräftepaket** hat 27 Maßnahmen in allen Ministerien entwickelt, das gezielte Programme für verschiedene Zielgruppen wie Jugendliche, Arbeitsuchende, Frauen, Unternehmen und ausländische Fachkräfte bündelt und dabei Qualifizierung sowie Anerkennungsverfahren fördert.
- Mit dem **Regionalen Zukunftsprogramm** werden die Lebensverhältnisse in den Regionen angeglichen und strukturelle Nachteile systematisch durch Fördermittel abgebaut. Gleichzeitig stärkt das Programm die Zukunftsfähigkeit der Kommunen durch Investitionen in Klimaschutz, soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung
- Das 600 Mio. € starke **Sondervermögen** setzt die Schwerpunkte auf Bildung, Infrastruktur, Wirtschaftskraft und Klimaschutz und soll den Alltag der Menschen ganz konkret verbessern.
- Rheinland-Pfalz hat den **Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz** übernommen. Themenübergreifend koordiniert die Staatskanzlei mit Unterstützung der Fachressorts die Zusammenarbeit der sechzehn Bundesländer.
- Rheinland-Pfalz hat ein resilienteres Fluchtaufnahmesystem geschaffen – unter anderem durch den Ausbau von Aufnahmeplätzen in der Erstaufnahme – und damit die Kommunen gezielt entlastet, damit zentrale Aufgaben wie Integration nicht zu kurz kommen. Gleichzeitig stärken wir mit der **Kooperationsstrategie Integration** die Integrationsangebote in den Kommunen ganz gezielt.

Auch in Zeiten schlimmster und teilweise nicht absehbarer Krisen hat die Landesregierung an einem Strang gezogen:

- Rheinland-Pfalz hat die **Corona-Pandemie** insgesamt gut bewältigt. Durch gezielte staatliche Hilfen konnte die Krise abgemildert werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst und die Pandemie-Vorsorge wurden deutlich gestärkt.
- Der **Wiederaufbau im Gebiet der Flutkatastrophe** schreitet voran. Das Land ist heute viel besser auf Naturkatastrophen und große Einsatzlagen vorbereitet.
- Ein Kältewinter ist nicht eingetreten. Die Landesregierung hat alle Vorkehrungen für eine mögliche **Gasmangellage** getroffen.

I. Wir unterstützen das Ehrenamt mit 1,5 Millionen Engagierten und der bundesweit zweithöchsten Vereinsdichte

- Die **Engagementstrategie der Landesregierung** umfasst Angebote der Würdigung und Wertschätzung des Ehrenamts. Besonders wichtig sind Information und Fortbildungen sowie finanzielle Förderprogramme, Austausch und Beratung insbesondere im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie regelmäßige Forschung.
- Besonderes Augenmerk richtet die Landesregierung auf die Stärkung nachhaltiger Strukturen der **Engagementförderung auf kommunaler Ebene**, insbesondere durch die Förderung von Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen sowie die Strategieentwicklung in Programmen wie „Engagierte Stadt“ oder „Ich bin dabei!“.
- Die **Ehrenamtskarte** ist seit 2014 ein besonderes Instrument zur Würdigung und Anerkennung. Immer mehr Kommunen beteiligen sich an der Karte. Inzwischen können knapp 90 % der Bürgerinnen und Bürger die Karte erhalten. Im Rahmen des OZG wird die Karte digitalisiert und macht sie als App noch attraktiver.
- Die Digitalisierung eröffnet weitreichende Chancen im Ehrenamt. Das **Projekt „Digital in die Zukunft“** wurde in Kooperation mit der Medienanstalt weiter ausgebaut. Es bietet regelmäßige Online-Seminare zu aktuellen Themen, einen digitalen Werkzeugkasten, Vernetzungsmöglichkeiten, den Ideenwettbewerb „Ehrenamt 4.0“ sowie einen Technikverleih mit Fortbildungsangeboten vor Ort.
- Die Landesregierung sieht den wachsenden Bedarf nach Sensibilisierung, Aufklärung und Schulungen zum Thema **Schutz und Prävention im Ehrenamt** und hat hierfür ein gebündeltes Informationsangebot auf dem Ehrenamtsportal entwickelt. Hier finden sich unter anderem Leitfäden, Broschüren, Checklisten, Beratungsstellen, Kontaktpersonen, Schulungsangebote, Fortbildungen sowie Antidiskriminierungs- und Meldestellen.
- **Bündnis „Demokratie gewinnt!“**: 2017 mit 30 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen, verzeichnet das Bündnis zu Ende 2025 über 180 Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Bereichen, wie Zivilgesellschaft, Medien, Unternehmen, Kommunen und staatliche Organisationen. Der Erfolg liegt in den zahlreichen Projekten, die die Mitglieder miteinander anstoßen und sich so in allen Lebensbereichen für Demokratie einsetzen.
- **Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz**: Der Demokratie-Tag hat 2025 sein 20-jähriges Jubiläum gefeiert mit einem Rekord an Beteiligten, Teilnehmenden, Ausstellenden. Seit Corona gibt es „Satelliten“ in ganz Rheinland-Pfalz. Thematisch hinzu gekommen sind seit 2021 die „Lange Nacht der Demokratie“ der Erwachsenenbildung sowie Unternehmen, sodass der Tag Demokratie alle Menschen in allen Lebensbereichen anspricht.
- **Förderprogramm „100 mal 500 für die Demokratie“**: Bei diesem Kleinförderprogramm können Initiativen, Vereinen, Kommunen, Verbänden und Unternehmen unbürokratisch 500 Euro für ihre Projekte zur Förderung der Demokratie beantragen.

II. Medienpolitik ist Demokratiepolitik: Rheinland-Pfalz setzt sich für freie und vielfältige Medien ein und fördert die Medienkompetenz

- **Rundfunkkommission:** Rheinland-Pfalz koordiniert die Arbeit der Rundfunkkommission der Länder und setzt sich in dieser Funktion für freie und vielfältige Medien ein. Seit 2021 wurden mit diesem Ziel insgesamt sechs Staatsverträge auf den Weg gebracht, mit denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert und die duale Medienordnung gestärkt werden. Die Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk konnte durch eine Klarstellung für Regionalfenster in den reichweitenstärksten privaten Fernsehprogrammen gesichert werden.
- **Reformstaatsvertrag:** Als Vorsitz der Rundfunkkommission der Länder hat Rheinland-Pfalz eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Weg gebracht. Damit werden Strukturen gestrafft, stärkere Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten sowohl strukturell als auch programmlich gefordert, Qualität gesichert und der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an die moderne Medienwelt angepasst.
- **Medien sicher nutzen:** Gemeinsam mit den anderen Ländern hat Rheinland-Pfalz als Vorsitzland der Rundfunkkommission die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages auf den Weg gebracht, um Kindern und Jugendlichen ein sicheres Aufwachsen in der digitalen Medienwelt zu ermöglichen.
- **Medienkompetenz:** Wir haben eine ressortübergreifende Medienkompetenzstrategie erfolgreich gestartet, um im Bereich der Medienkompetenz Synergien zu schaffen sowie die rheinland-pfälzischen Angebote koordiniert weiterzuentwickeln.
- **SWR-Staatsvertrag:** Mit der Novelle des SWR-Staatsvertrages wird der regional verwurzelte SWR in Zeiten der digitalen Transformation und veränderten Mediennutzung zukunftssicher aufgestellt und zeitgemäß fortentwickelt: die Leitungsstrukturen effizienter gestaltet, Doppelstrukturen abgeschafft sowie die Gremien modernisiert.
- **Medienstandort:** Rheinland-Pfalz und insbesondere die Landeshauptstadt Mainz sind ein attraktiver Medienstandort. Unternehmen aus Print, Rundfunk und Online sind in Rheinland-Pfalz vertreten und sind ein wichtiger Standortfaktor, Arbeitgeber und zugleich Innovationsmotor. Mit der jährlichen Content Convention machen wir den Standort auch über die Landesgrenzen hinaus sichtbar.
- **Medienförderung:** Gemeinsam mit der Medienanstalt, dem SWR und dem ZDF fördern wir innovative und kreative Medienproduktionen. Geförderte Filme haben in den letzten Jahren mehrere renommierte Preise erhalten und sind auf Festivals vertreten. Mit der Verdoppelung des Landesetats bekennen wir uns klar zur Medienförderung und zu einem starken Medienstandort Rheinland-Pfalz.
- **Koordinierung** im Bund und in Europa: Wir treten für Interessen unabhängiger Medien gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Institutionen ein und bringen Länderpositionen in die Entscheidungsprozesse auf Ebene des Bundes und in Europa ein. Zudem setzen wir europäische Rechtsakte auf nationaler Ebene um. Hier spielen wir als Vorsitzland der Rundfunkkommission eine entscheidende Rolle und wirken als Impulsgeber maßgeblich mit.

III. Rheinland-Pfalz ist international engagiert

- Während der **Gipfelpräsidentschaft im Kooperationsraum der Großregion 2023-2024** wurde daran gearbeitet, unsere Rettungskräfte in allen Teilregionen besser zu vernetzen und damit den Bevölkerungsschutz zu stärken. Mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zu stärken, wurden zudem die Weichen für eine grenzüberschreitende Gesundheitsbeobachtungsstelle gestellt. Das Land trug dazu bei, Wasserstoff als Feld der Zusammenarbeit zu etablieren.
- Rheinland-Pfalz ist Dialogpartner im **Kooperationsraum Oberrhein**: in diesem Jahr feiern wir 50 Jahre deutsch-französische-schweizerische Regierungskommission der Oberrheinkonferenz. Der **Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit** ist ein weiteres Instrument der deutsch-französischen Zusammenarbeit.
- Der rheinland-pfälzische **Ministerrat tagt jährlich in Brüssel** und führt dabei Gespräche mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der **EU-Institutionen**.
- Rheinland-Pfalz setzt sich für eine gerechte und regional verantwortete Kohäsionspolitik ein. Im Hinblick auf den **Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034** wurden Gespräche mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den Kommissaren Raffaele Fitto und Piotr Serafin zu Agrar-, Struktur- und Innovationspolitik geführt.
- Rheinland-Pfalz stärkt seine Rolle im **europäischen Wissenschafts- und Innovationsraum**. Mit dem Pharmadialog und den „Resilience Lunch Breaks“ wurden Impulse zu Gesundheitsforschung und psychischer Resilienz gesetzt. Kooperationen mit der Helmholtz-Gemeinschaft, der Hochschulrektorenkonferenz und der FORTH-Allianz vertiefen die europäische Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Biotechnologie.
- Im Ausschuss der Regionen übernahmen wir den Vorsitz der **Fachkommission SEDEC** mit Schwerpunkten auf Jugendmedienschutz, Medienbildung, Forschung und ESF+.
- Eine neue **Partnerschaft mit der ukrainischen Oblast Winnyzja** unterstreicht die Solidarität mit der Ukraine. Wir leben unsere Partnerschaften wie bspw. mit Burgund-Franche-Comté, Opolen und Mittelböhmen im 4er-Netzwerk, Ostbelgien, Fujian und Iwate.
- Eine **Delegationsreise nach Washington D.C.** hat die bestehende enge transatlantische Partnerschaft eindrucksvoll bestätigt und Zukunftsprojekte angestoßen.
- **Die Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda** feierte im Jahr 2022 ihr 40-jähriges Jubiläum. Das erneuerte Partnerschaftsabkommen vom 22. Februar 2024 erweiterte bestehende Schwerpunkte, wie den Schulbau u.a. um die Bereiche Wissenschaft, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Inklusion, Sport, Jugendbegegnungen, Umwelt und Kultur. Zwischen 2021 und 2024 wurden insgesamt 220 Maßnahmen vorrangig der Zivilgesellschaft (darunter Schulen, Kommunen, Vereine) mit rund. 3,4 Mio. € gefördert.
- Die Kontakte nach **Israel** und das Eintreten gegen **Antisemitismus** bilden einen weiteren Schwerpunkt. So fanden Veranstaltungen mit Kommunalpartnerschaften, der jüdisch-arabischen Friedensinitiative Givat Haviva sowie bei Schulaustauschprogrammen statt. Außerdem wurden Gespräche mit Jugendlichen aus einem von der Hamas überfallenen Kibbuz sowie im Rahmen israelisch-rheinland-pfälzischer Schülerbegegnungen geführt.
- Mit der **Nachhaltigkeitsstrategie**, dem **Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung** und dem **Nachhaltigkeitstag** arbeitet das Land ganz konkret an seinen Nachhaltigkeitszielen.

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration

I. Aufwachsen und Leben ohne Gewalt

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration hat in den vergangenen fünf Jahren den Schutz für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder gezielt gestärkt.

- Mit dem **Pakt gegen sexualisierte Gewalt** schützen wir Kinder und Jugendliche und unterstützen zugleich Betroffene besser. So wurde der bundesweit erste Landes-Betroffenenrat geschaffen, in dem Menschen mit eigenen Gewalterfahrungen ihre Perspektiven einbringen. Im Jahr 2024 hat die Landesregierung die Empfehlungen der Expertenkommission entgegengenommen und mit der Umsetzung begonnen. Damit geht Rheinland-Pfalz bundesweit als eines der ersten Länder systematisch gegen sexualisierte Gewalt in der Kindheit und Jugend vor.
- Der rheinland-pfälzische Landtag hat ein vom Jugend- und Familienministerium vorgelegtes Gesetz zur Einrichtung einer Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen (LBSKM) auf den Weg gebracht. Rheinland-Pfalz richtet damit als erstes Bundesland eine unabhängige **Beauftragtenstelle** auf Landesebene gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen (LBSKM) ein. Die Einrichtung der Stelle ist eine zentrale Forderung aus den 40 Handlungsempfehlungen des Pakts gegen sexualisierte Gewalt.
- Mit den neu geschaffenen **Kinder-Interventionsstellen** soll der Gewaltkreislauf möglichst frühzeitig durchbrochen und Kindern, die häusliche Gewalt miterleben, gezielt Hilfe und Beratung angeboten werden. Mit einem **niedrigschwelligen Zugang** und enger Anbindung an die bestehenden Interventionsstellen sollen sie betroffenen Kindern frühzeitig einen Weg aus der Gewalt aufzeigen.
- Mit dem **Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention** intensiviert Rheinland-Pfalz die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Dies ist wie die Förderung von Gleichstellung eine Querschnittsaufgabe, daher wurde der Aktionsplan in enger Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und weiteren Ministerien vorangetrieben.
- Mit der Eröffnung **zwei neuer Frauenhäuser** in Mayen-Koblenz und der Eifel haben wir die Infrastruktur zum Schutz und zur Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen gestärkt. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2025/2026 durch den Landtag konnten die finanziellen Voraussetzungen für die Einrichtung eines weiteren Frauenhauses geschaffen werden. Das 20. Frauenhaus wird in Neuwied in Trägerschaft des DRK entstehen und zehn Familienplätze bieten.
- Der Auszug aus dem geschützten Frauenhaus ist oft in Anbetracht des angespannten Wohnungsmarkts und von noch unklaren Perspektiven für Betroffene ein besonders schwieriger Schritt. Hier greift das **Modellprojekt „Second Stage“**, das in dieser Legislaturperiode bereits an fünf Standorten realisiert wurde. Ziel des Modellprojekts ist die aktive Begleitung der Frauen und ihrer Kinder nach dem Frauenhausaufenthalt, um die Frauen in die Lage zu versetzen, den Gewaltkreislauf nachhaltig zu durchbrechen.
- Das neue Angebot **„Vertrauliche Hilfe nach Gewalt“** arbeitet mit einem standardisierten Verfahren, mit dem Betroffene medizinisch versorgt und Spuren körperlicher Gewalt vertraulich gesichert werden können, also auch ohne Anzeigeerstattung. Das Angebot wurde auf zwölf Standorte im Land ausgeweitet. Gewaltbetroffene Frauen können sich in den beteiligten Kliniken zu jeder Tages- und Nachtzeit absolut vertraulich medizinisch versorgen und auf Wunsch die Spuren der Tat gerichtsfest sichern lassen.
- 120 Millionen € hatte das Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) 2020 im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ für innovative Bauprojekte für Frauenunterstützungseinrichtungen bundesweit zur Verfügung gestellt. Für Rheinland-Pfalz sollten insgesamt rund 5,5 Millionen € zur Verfügung stehen. Durch das große Engagement der

Trägervereine und der guten Zusammenarbeit von Kommunen und Land flossen schließlich 7,7 Millionen € nach Rheinland-Pfalz, mit denen zum Beispiel etliche Frauenhäuser barrierefrei umgebaut werden konnten.

II. Kultur in Rheinland-Pfalz zukunftsfest aufstellen

Große kulturelle Institutionen konnten wir genauso wie die Freie Szene mit einer Steigerung der Mittel absichern und eine Weiterentwicklung kultureller Angebote ermöglichen.

- Die **Mittel für Kultur** sind in dieser Wahlperiode außerordentlich stark gewachsen. Der Aufwuchs in der gesamten Legislaturperiode beträgt bis einschließlich 2026 rund 24 Millionen €, was **einer Steigerung um rund 24 % entspricht**. Auch die Mittel für Kultur aus dem Kommunalen Finanzausgleich konnten wir erheblich steigern. 2025 ein Plus von 8 Mio. € oder rund 17 % gegenüber 2023/2024. In 2026 wachsen die KFA-Mittel um 10 Mio. € oder rund 21 % gegenüber 2023/2024. Damit sichern wir die Zukunft der Kultur in Rheinland-Pfalz nachhaltig.
- Die **Kulturentwicklungsplanung** Rheinland-Pfalz wurde in der laufenden Legislaturperiode erstmals umfassend angestoßen. Dabei wurden im Dialog mit Kulturschaffenden, Institutionen, Verbänden und der Zivilgesellschaft zentrale Themen wie kulturelle Teilhabe, Förderung der freien Szene und vieles mehr diskutiert. Zwei Drittel der daraus abgeleiteten Maßnahmen befinden sich schon in der Umsetzung und erste Punkte konnten bereits abgeschlossen werden.
- Das **Förderprogramm „Zukunft durch Kultur“** stärkt kulturell bedeutsame, nicht-kommerzielle Einrichtungen und Initiativen der Freien Szene durch die Finanzierung hauptamtlicher Leitungskräfte und fördert die regionale Vernetzung und Weiterentwicklung des kulturellen Lebens durch die Beschäftigung von regionalen Kulturmanagerinnen und Kulturmanagern. In dieser Legislaturperiode konnten mit Hilfe des Landes 13 Stellen eingerichtet werden.
- Das neue **Kulturerbe-Portal „Kreuz Rad Löwe“** ist an den Start gegangen. Dies ist ein zentrales kulturpolitisches Projekt im Rahmen der Digitalstrategie der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Es bündelt bestehende digitale Angebote von Museen, Bibliotheken und Archiven und bietet Raum für virtuelle Ausstellungen.
- Die **Landesmusikakademie** in Engers wurde unter Beteiligung der Stiftung Villa Musica, neu aufgestellt. Die Landesmusikakademie wurde zudem mit einer kräftigen Steigerung der institutionellen Förderung um 402.300 € bzw. 172 % gestärkt.
- Mit der neu eingeführten dreijährigen Konzeptionsförderung fördert das Kulturministerium professionelle **freie Theater und professionelle freie Ballettcompagnien**.

III. Wir stärken Integration und krisenfeste Fluchtaufnahmekapazität

Das Fluchtgeschehen ist aufgrund der globalen Lage weiterhin dynamisch. Deshalb haben wir die Kapazitäten in den Aufnahmeeinrichtungen erheblich ausgebaut.

- Die Aufnahme und Integration schutzsuchender Menschen kann nur gelingen, wenn wir über alle politischen Ebenen hinweg an einem Strang ziehen. Das Land leistet seinen Beitrag und steht den Kommunen als verlässlicher Partner zur Seite. Die Landesregierung hat die Kommunen im Land - neben der regulären Aufwenderstattung auf Basis des Landesaufnahmegesetzes - mit erheblichen Sondermitteln unterstützt und damit Planungssicherheit geschaffen und Integrationsmaßnahmen vor Ort gestärkt.
- Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Fluchtaufnahmezahlen in 2023 und 2024 ist es uns gelungen, das Fluchtaufnahmesystem durch einen Ausbau der Aufnahmekapazitäten zu stabilisieren und die Kommunen mit einer gezielten und planbaren Verteilung von Geflüchteten zu entlasten. Wir haben das Aufnahmesystem für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und

Ausländer durch Erhöhung der Unterbringungskapazitäten und der Fallkostenpauschale resilienter aufgestellt.

- In einem Dialogprozess wurde die **Kooperationsstrategie „Kommunen und Land gemeinsam für Integration“** erarbeitet. Neben einem gemeinsamen Grundverständnis der Integration wurden Eckpunkte verabredet, die für künftige Zusammenarbeit von Land und Kommunen leitend sind. Das Land wird dabei allen 36 Städten und Landkreisen die Möglichkeit bieten, ein/e Integrationsmanager/in einzustellen. Für dieses Programm stehen in diesem Jahr 1,5 Mio. € und im kommenden Jahr 3 Mio. € zur Verfügung.
- 2022 hat das „**Haus der Sprachmittlung**“ seine Arbeit aufgenommen. Zugewanderte Menschen müssen ab Tag eins ihrer Einreise nach Deutschland mit Behörden oder Beratungseinrichtungen des Bildungs- und Gesundheitssystems kommunizieren - und das möglichst ohne sprachliche Hürden. Damit das gelingt, wurde das Haus der Sprachmittlung ins Leben gerufen, um die Sprachmittlung qualitativ und quantitativ auszubauen.
- Im Jahr 2024 flossen rund 2,2 Millionen € in die **Landeskurse „Sprachziel: Deutsch“**, die landesweit durchgeführt werden. Zudem finanziert das Land ein Netz von Migrationsberatungsstellen, die zugewanderte Menschen in allen Fragen der Alltagsbewältigung unterstützen. Das Budget für Integrationsmaßnahmen wurde in den Jahren 2025 und 2026 weiter aufgestockt – von 13,6 Mio. € auf 16,1 Mio. € im Jahr 2025 und 17,7 Mio. € im Jahr 2026.
- Menschen auf der Flucht haben unterwegs und in ihren Herkunftsländern oft schwere Gewalt erlebt. Eine frühzeitige psychosoziale und therapeutische Versorgung für Schutzsuchende in **Psychosozialen Zentren (PSZ)** ist daher unerlässlich. Die Angebote in den PSZ wurden 2023/2024 um insg. 750.000 € angehoben und mit Blick auf die Flächenversorgung sowie um Angebote für Kinder und Jugendliche erweitert. Mit Blick auf die Aufnahmeeinrichtungen des Landes wurde das Screeningverfahren zur Identifikation psychosozialer Belastungen und weiterer Schutzbedürftigkeiten als Regelangebot eingeführt. Niedrigschwelligen Unterstützungsangebote wurden deutlich ausgeweitet.
- Seit fünf Jahren ist die **Zentrale Ausländerbehörde Rheinland-Pfalz (ZAB RLP)** Ansprechpartnerin für ausländerrechtliche Anliegen im Land – insbesondere im Bereich der Fachkräfteeinwanderung. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der jährlichen Unternehmensanfragen zu Fachkräfteverfahren auf rund 2.300 erhöht. Damit trägt die ZAB RLP aktiv zur Fachkräftesicherung im Land bei.

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Wir sichern mit unserer Politik **Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit in Rheinland-Pfalz**. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sorgen für eine leistungsfähige Infrastruktur und unterstützen eine moderne, nachhaltige Landwirtschaft und einen starken Weinbau. Ziel ist es, die Innovationskraft des Landes zu fördern, die Regionen zu verbinden und die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität zu sichern.

I. Ein innovativer und langfristig international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

- Mit der **Gründung der Innovationsagentur Rheinland-Pfalz** wurde eine zentrale Plattform geschaffen, die Unternehmen beim Zugang zu Forschung, Förderprogrammen und Netzwerken unterstützt. Damit wird der **Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** gezielt gestärkt und die Innovationskraft insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen erhöht.
- Mit dem Accelerator-Programm **GROW in RLP**, dem **Gründungsstipendium „Start.in.RLP“**, den **Innovationsfonds RLP II und III** (Volumen: **50 Mio. Euro**) und dem **Startup Office Rheinland-Pfalz** wurde ein modernes Gründungsökosystem etabliert. **150 Stipendiatinnen und Stipendiaten** wurden bereits unterstützt – insbesondere in technologieorientierten Zukunftsfeldern.
- Im Bereich der **Life Sciences** stärkt das Land mit dem **Life Science Zentrum Mainz (LZM)**, dem Inkubator **„LiSci RLP“** und der Netzwerkplattform **„BioVation“** gezielt die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Hand. Forschung, Entwicklung und unternehmerische Umsetzung greifen hier ineinander.
- Durch Branchencluster wie den **Commercial Vehicle Cluster Südwest (CVC)** vernetzt Rheinland-Pfalz gezielt industrielle Wertschöpfungsketten insbesondere im Bereich Nutzfahrzeug- oder Rüstungsindustrie. Unterstützt durch die Innovationsagentur entsteht ein leistungsfähiges **Transfernetz**, das Innovationen aus der Forschung schneller in marktfähige Produkte überführt.
- Mit der **Rheinland-Pfälzischen Erklärung der energieintensiven Unternehmen**, der gezielten **Ansiedlungsförderung** internationaler Investoren wie Eli Lilly, Novo Nordisk und AbbVie sowie der Weiterentwicklung der **Standortmarke „Rheinland-Pfalz Gold“** setzt das Land starke Signale für Innovationskraft, Investitionsfreundlichkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Über **4.000 Unternehmen** profitierten bislang vom **Förderprogramm DigiBoost**, das rund **43,5 Mio. €** in mittelständische Projekte lenkte. Rheinland-Pfalz positioniert sich als innovationsfreundlicher Standort für die digitale Transformation des Mittelstands.

II. Eine sichere, moderne und leistungsfähige Infrastruktur für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger

- Zwischen 2021 und 2024 investierte Rheinland-Pfalz über **1,4 Milliarden €** in Straßen und Brücken – darunter **829 Mio. €** für Bundesstraßen und **400,8 Mio. €** für Landesstraßen, -brücken und Radwege. Für 2025/2026 sind weitere **292,7 Mio. €** vorgesehen.
- Große städtische Infrastrukturprojekte wie die **Hochstraße Ludwigshafen (139,4 Mio. €)** und die **Pfaffendorfer Brücke Koblenz (80,7 Mio. €)** werden gezielt gefördert. Das novellierte **Landesstraßengesetz** sorgt zugleich für beschleunigte Verfahren, Digitalisierung und Investitionssicherheit.
- Das Land treibt die Mobilitätswende voran: Mit der **Koordinierungsstelle Wasserstoff**, dem **KIPKI-Wettbewerb Wasserstoff** und Investitionen von über **10 Mio. €** in Häfen, Kaimauern und Landstromanlagen wird der Umstieg auf klimafreundliche Logistik unterstützt.

- Der **Radverkehr** wird durch finanzielle und planerische Unterstützung der Kommunen mit neuen **Radverkehrsteams (35 Stellen beim LBM)** und der **Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußverkehrsfreundlicher Kommunen** sowie **sieben Pendlerrouen** gezielt gestärkt – ein Beitrag zu nachhaltiger, sicherer Mobilität.
- Mit der **Initiative „Innenstädte der Zukunft“** und neuen Instrumenten wie **Innenstadt-Impulse** des Mdl oder **KIPKI** unterstützt Rheinland-Pfalz Städte und Gemeinden beim Erhalt lebendiger Zentren. Über das BID-Förderprogramm **unterstützt** das Land als bundesweiter Vorreiter **Business Improvement Districts (BIDs)** – für attraktive Innenstädte als wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Mittelpunkte.

III. Eine zukunftsfähige, innovative und moderne Landwirtschaft für die kommende Generation

- Das Land investiert – **gemeinsam mit Bund und EU** – in der Förderperiode 2023 bis 2027 insgesamt **1,54 Milliarden €** in eine nachhaltige, resiliente und wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft. Damit werden **Ernährungssicherheit, Kulturlandschaft und Wertschöpfung im ländlichen Raum** gesichert.
- Mit der **Junglandwirteförderung**, der **Niederlassungsprämie** und dem **Bonus im Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP)** unterstützt das Land gezielt Hofübernahmen und Neugründungen – mit Förderungen von bis zu **145.000 € pro Betrieb**.
- Rheinland-Pfalz zählt zu den **Vorreitern der digitalen Landwirtschaft**: Mit der **GeoBox-Infrastruktur**, **Drohnen im Weinbau**, dem **Smart-Farming-Zentrum Neumühle** und der Einführung **elektronischer Weinbegleitedokumente** wird moderne Technik praxistauglich gemacht und Bürokratie reduziert.
- Der **Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis** wird gezielt über **EIP-Agri-Projekte**, insbesondere am **Hofgut Neumühle**, gefördert. Innovative Forschungsergebnisse fließen so direkt in die landwirtschaftliche Praxis ein – ein echter Mehrwert für Produktivität, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz.
- Für die Weinbranche stehen jährlich rund **22 Mio. €** aus dem **EU-Sektorenprogramm Wein** zur Verfügung. Mit dem ergänzenden **Weinbaupaket Rheinland-Pfalz** setzt das Land gezielte Impulse für Investitionen, Risikoabsicherung, Absatzförderung und Innovation. Damit stärkt Rheinland-Pfalz die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des Weinbaus nachhaltig.

Ministerium des Innern und für Sport

I. Sicherheit in Stadt und Land

Mit einer der höchsten Aufklärungsquoten lebt es sich sehr sicher in Rheinland-Pfalz. Wir haben einen Rekordwert an Polizeikräften mit modernster Ausstattung aufgebaut.

- Wir leben sicher in Rheinland-Pfalz: Die Häufigkeit von Straftaten ist so gering wie seit 30 Jahren nicht mehr und wir haben eine der **höchsten Aufklärungsquoten**.
- Die Polizei im Land war noch nie so stark aufgestellt: **Flächendeckende** und wohnortnahe Präsenz gehören zum Selbstverständnis. Mit der Modernisierung des **Bezirksdienstes** erhöhen wir die Präsenz in der Fläche und die Vernetzung im Bezirk weiter.
- Die **Ausstattung ist modern** und wird ständig weiterentwickelt: Etablierte Technik wird nicht nur beibehalten – sie wird fortlaufend weiterentwickelt. Die Polizei in Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland seit 2018 das sogenannte **Distanz-Elektroimpulsgerät** (Taser) flächendeckend im Streifendienst im Einsatz. Seit 2024 stellen wir auf die neue Generation um, die persönliche Schutzausstattung erfüllt höhere Sicherheitsstandards als je zuvor.
- Zwei neue **Polizeihubschrauber** mit verbesserten Fähigkeiten, auch für den Katastrophenschutz, wurden in den Dienst gestellt, genauso wie zwei moderne leistungsstarke **Polizeiboote**. Die **Digitalisierung** der Polizeiarbeit wurde vorangetrieben, dienstliche Smartphones werden nach und nach zur persönlichen Ausstattung.
- Es gab noch nie mehr Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz: Die Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Im Oktober 2024 wurde ein neuer Höchststand erreicht: **mehr als 10.000 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte** haben im Land Dienst verrichtet – so viele wie nie zuvor. Die im Koalitionsvertrag gesetzte Zielmarke wurde damit überschritten und die Zahlen steigen weiter. Gemeinsam mit bspw. Tarif- und Verwaltungskräften sowie den Anwärtinnen und Anwärtern sorgen so insgesamt rd. 14.300 Mitarbeitende für erfolgreiche Polizeiarbeit und Sicherheit.
- Der **Frauenanteil** im Gesamtpersonal der Polizei ist so hoch wie nie zuvor: Während er 2017 noch bei rund 29 % lag, erhöhte er sich bis zum 1. Juli 2023 auf knapp 36 %. Zum aktuellen Stichtag (1. Juli 2025), beträgt der Frauenanteil etwa **38 Prozent** und erreicht damit den bislang höchsten Wert in der Geschichte der Polizei Rheinland-Pfalz.

II. Rheinland-Pfalz steht an der Seite seiner Kommunen

Die finanzielle Situation der Kommunen ist bundesweit schwierig. Rheinland-Pfalz entlastet seine Kommunen so stark wie noch nie. Wir lassen die Kommunen nicht allein.

- **Milliardenbeträge** in Rekordhöhe gehen aus dem Landeshaushalt an die Kommunen.
- Wir setzen das **Sondervermögen** des Bundes wirksam und mit klarem Fokus auf die Kommunen um: 60 Prozent der Bundesmittel (2,9 Milliarden €) plus 600 Millionen € zusätzliche Landesmittel fließen in den kommunalen Bereich. Während auf Bundesebene der rechtliche Rahmen geschaffen wurde, haben wir im Land parallel die Strukturen für die Umsetzung vorbereitet und somit schnell und frühzeitig den Grundstein für ein einfaches Verfahren für die Kommunen gelegt.
- Mit Blick auf steigende Sozialkosten geben wir weitere 600 Mio. € in den Finanzausgleich.
- Unser Weg ist klar: Bei der Verschuldung der Kommunen ist Rheinland-Pfalz aufgrund der vielfachen Anstrengungen im **gesicherten Mittelfeld der Flächenländer** angekommen. Bei der aktuellen Ausgangslage ein Erfolg, auf dem wir uns aber natürlich nicht ausruhen.

- Land und Kommunen haben in den vergangenen Jahren gemeinsam dafür gesorgt, dass Städte, Gemeinden und Regionen lebendig und lebenswert sind. Damit sich diese positive Entwicklung fortsetzt, unterstützen wir mit passgenauen **Förderprogrammen** unsere Kommunen, die so aktuelle Herausforderungen vor Ort angehen und bewältigen können.
- Programme wie **Städtebauförderung, Dorferneuerung, Investitionsstock** und seit 2025 das **Regionale Zukunftsprogramm** sowie das **Dorfbudget** tragen besonders zur zukunftsweisenden und nachhaltigen Entwicklung der Städte und Dörfer bei. Bürgerinnen und Bürger werden in die Prozesse vor Ort eingebunden und können so die Entwicklung ihrer Heimat mitgestalten. Jeder **Fördereuro löst außerdem ein Vielfaches an Investitionen** aus – davon profitieren oft lokale Handwerks- oder Bauunternehmen.
- Rheinland-Pfalz verschafft seinen Kommunen auch auf Bundesebene eine starke Stimme. Die Landesregierung setzt sich auch auf **Bundesebene** nachdrücklich für die finanziellen Belange der kommunalen Gebietskörperschaften ein, insbesondere im Sinne einer echten Konnexität und beim Thema Entschuldung der Kommunen.
- Wir fördern die **Interkommunale Zusammenarbeit** und unterstützen Kommunen so bei der Etablierung von erfolgreichen übergreifenden Projekten, die Synergien und einen **Mehrwert** für die Menschen vor Ort schaffen.

III. Wir haben den Katastrophenschutz neu aufgestellt

Die neuen Strukturen und Fähigkeiten werden die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft auch bei sich wandelnden Gefahren festigen.

- Der **Katastrophenschutz** wurde weiterentwickelt und neu aufgestellt. Dabei wurden neue Strukturen und Fähigkeiten geschaffen, die die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft auch bei sich wandelnden Gefahren festigen wird.
- Das **Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (LfBK)** wurde im Januar 2025 errichtet und hat seine vielfältige Arbeit aufgenommen – damit ist Rheinland-Pfalz eines der ersten Bundesländer, dass hierfür eine eigene Behörde geschaffen hat.
- Das **Lagezentrum Bevölkerungsschutz** im Landesamt ist das erste seiner Art bundesweit. Es wurde sukzessive erweitert und ist nun 24/7 besetzt.
- Die **Ausbildungskapazitäten** wurden deutlich **ausgebaut** und thematisch erweitert (insbesondere um Lehrgänge in den Bereichen Stabsarbeit, Führungsunterstützung & Personal für Feuerwehr-Einsatzzentralen).
- Am LfBK wurden **hochmoderne Stabsräume** für die Aus- und Fortbildung der kommunalen Stäbe nach landeseinheitlichen Standards eingerichtet und ausgestattet, diese dienen auch im Ereignisfall der Bewältigung von Stabslagen.
- Das **Förderwesen im Brand- und Katastrophenschutz wurde grundlegend reformiert** und beruht ab diesem Jahr auf pauschalen Zuwendungen des Landes – ein wichtiger Beitrag auch zum Bürokratieabbau. Die Fördersumme ist zuletzt gestiegen.

Ministerium der Finanzen

I. Wir entschulden Städte und Gemeinden und erhöhen die kommunale Handlungsfähigkeit.

Die besonders mit Liquiditätskrediten belasteten Kommunen sollen unterstützt und unmittelbar und effektiv von einem Teil ihrer Schuldenlast befreit werden. Dies gilt auch für entsprechende Zinslasten und Zinsänderungsrisiken.

- In den Jahren 2022 und 2023 wurden die rechtlichen Grundlagen für das Programm „**Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz** (PEK-RP)“ umfassend mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und mit breiten Mehrheiten im Landtag beschlossen.
- Im Jahr 2024 wurde das Programm PEK-RP weitestgehend umgesetzt: Es wurden Bewilligungsbescheide mit einem Volumen von **2.999.497.177 €** erlassen. Davon wurden 99 % bereits im Jahr 2024 umgesetzt, überwiegend durch vollständige Vertragsübernahmen. In den Jahren 2025 bis 2028 folgen weitere Schuldübernahmen im Rahmen von Anschlussfinanzierungen i.H.v. rd. 29 Mio. €.
- Das Programm PEK-RP entlastet die Kommunen im Land durch den historischen Schuldenschnitt von 3 Mrd. €. Insgesamt nehmen **515 Kommunen** am Programm PEK-RP teil, davon 8 kreisfreie Städte (rd. 1,88 Mrd. €), 9 Landkreise (rd. 503 Mio. €), 5 verbandsfreie Gemeinden (rd. 74 Mio. €), 6 Verbandsgemeinden (rd. 28 Mio. €) und 487 Ortsgemeinden (rd. 516 Mio. €).
- Die **Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen im Land verringerte sich** zum Jahresende 2024 auf durchschnittlich knapp 2.400 Euro. Erstmals seit vielen Jahren gehört Rheinland-Pfalz damit nicht zu den drei Flächenländern mit den am höchsten verschuldeten Kommunen.

II. Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ und Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ werden das Land für die Zukunft aufstellen.

Die Schwerpunkte liegen auf gezielten Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz, Katastrophenschutz und Infrastruktur, um die Zukunftsfähigkeit des Landes langfristig zu sichern.

- Der „**Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur**“ bildet den landesseitigen Rahmen, um die Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaschutz“ gezielt in zentrale Zukunftsaufgaben zu lenken – insbesondere in Bildung und Wissenschaft, klimafreundliche Mobilität, Gesundheit und medizinische Versorgung, nachhaltige Infrastruktur, Wohninfrastruktur, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe.
- Aufbauend auf den bisherigen Anstrengungen von Land und Kommunen will die Landesregierung mit den zusätzlichen Mitteln die **Investitionstätigkeit** im Land stärken, die **Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen sichern und zusätzliche Impulse für **Wertschöpfung** und **Beschäftigung** setzen. Gleichzeitig sollen strategische Investitionen in die **klimaneutrale Transformation** sowie in **wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfelder** ermöglicht werden.
- Für Rheinland-Pfalz steht aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“ des Bundes ein **Gesamt volumen von rund 4,8 Milliarden Euro** über einen Bewilligungszeitraum von zwölf Jahren zur Verfügung.
- Zusätzlich wird der kommunale Anteil am Sondervermögen durch Landesmittel **um 600 Mio. €** aufgestockt.
- **Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“:**

Je 300 Mio. € in 2025 und 2026 werden Landkreisen, kreisfreien Städten und großen kreisangehörigen Städten mit eigenem Jugendamt zur Überbrückung besonderer Belastungen zur Verfügung gestellt.

- **Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI):**

Bereitstellung von 250 Millionen € für kommunale Klimaschutzmaßnahmen.

- **Programm Regional. Zukunft. Nachhaltig. (RZN):**

Zur Förderung strukturschwacher Kommunen stehen 200 Mio. € bereit.

III. Mit den vielfältigen und attraktiven Programmen der sozialen Wohnraumförderung schaffen und erhalten wir bezahlbaren Wohnraum

Wir passen die Förderkonditionen an bestehende Bedarfe an und haben die Haushaltsmittel für den soziale Wohnraumförderung deutlich aufgestockt.

- Fördergelder Wohnungsbau Mai 2021 bis Ende September 2025: **1,807 Mrd. € Fördervolumen** (Kreditvolumen, Tilgungszuschüsse und Zuschüsse) für Bildung und Modernisierung von selbst genutztem Wohneigentum, für Bau und Modernisierung von Mietwohnraum und Erwerb von allgemeinen Belegungsrechten von insgesamt **10.805 Wohneinheiten**, davon 4.106 neuer Mietwohnungen und 1.663 modernisierter Mietwohnungen.
- Regelmäßige **Anpassung der Förderkonditionen** an die bestehenden Bedarfe. Deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel für die soziale Wohnraumförderung.
- **Steigerung der Nachfrage nach den Förderprogrammen**, insbesondere bei der sozialen Mietwohnraumförderung.

Ministerium der Justiz

I. Digitalisierung der Justiz

Mit der flächendeckenden und performanten Einführung der elektronischen Akte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften verfügt Rheinland-Pfalz über eine der modernsten digitalen Infrastrukturen in der Justiz in Deutschland.

- Rheinland-Pfalz ist eines der führenden Länder bei der **Digitalisierung der Justiz**. Als eines der wenigen Bundesländer verfügt Rheinland-Pfalz über eine eigene **Datenschnittstelle mit der Landespolizei**, so dass die Justiz (insbesondere die Staatsanwaltschaften) bereits jetzt digital mit der Polizei kommunizieren kann. Papierbasierte Kommunikation, die ein Nachdigitalisieren erfordert, entfällt bereits jetzt.
- Die Einführung der eAkte erfolgte nach modernen Grundsätzen des Projektmanagements. Das Ministerium der Justiz hat mit dem sogenannten **eJustice-Programm** einen Rahmen geschaffen, an das bis zu 20 laufende, wechselnde Einzelprojekte und drei Stabsstellen angegliedert sind. In enger Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich sind bis zu 150 Köpfe in das Programm integriert.
- Die Justiz in Rheinland-Pfalz wird die **gesetzliche Frist** zur Einführung der eAkte bis zum 01.01.2026 einhalten und damit nicht von der derzeit im Bund erwogenen „Opt-Out“-Verlängerungsoption bis zum 01.01.2027 Gebrauch machen, auf die viele andere Länder angewiesen sein werden.
- Mit dem abschließenden Roll-Out der Strafsachen im Landgerichtsbezirk Frankenthal (Beginn am 01.09.2025 und Ende zum 01.10.2025) arbeiten **sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften mit der eAkte**.
- Die Einführung der eAkte an den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes wirkt sich zunächst unmittelbar „lediglich“ bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, deren Geschäftsprozesse sich maßgeblich geändert haben. Mittelbar sind hierdurch aber auch spürbare **Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger** verbunden. Diese profitieren von schnellerem Datentransfer (statt wie bisher der Übersendung von Papierdokumenten).
- Damit öffnet sich perspektivisch (ergänzt durch bundesgesetzliche Anpassungen) die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, verstärkt **digital mit der Justiz zu kommunizieren**. Nicht zuletzt kann die eAkte auch zu einer Verfahrensbeschleunigung führen.
- Mittlerweile wird durch die sog. **KI-Werkstatt** auch die Implementierung von künstlicher Intelligenz zur Nutzung der nunmehr digital vorliegenden Daten genutzt.

II. Mehr Stellen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug

Eine optimierte Personalausstattung sichert den effektiven Rechtsstaat in Rheinland-Pfalz

- Nachdem es gelungen war, über die gesamte letzte Legislaturperiode die Zahl der neuen Stellen in den Geschäftsbereichen der Justiz um insgesamt 453,5 zu erhöhen, wurde auch **in dieser Legislaturperiode die Justiz in allen Geschäftsbereichen und dort in allen Diensten deutlich gestärkt.**
- So wurden dort im Einzelhaushalt 2022 sowie in den Doppelhaushalten 2023/2024 und 2025/2026 insgesamt **423 neue** Stellen geschaffen, darunter
 - 31 Stellen für Richterinnen und Richter,
 - 42 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte,
 - 62 Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger,
 - 30,5 Stellen für IT-Beschäftigte im 2. und 3. Einstiegsamt,
 - 46 Stellen für die Serviceeinheiten.
 - Zu den 423 neuen Stellen kommen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften 15 neu besetzbare Stellen für den Justizwachtmeisterdienst hinzu, die aus dem Gerichtsvollzieherdienst umgewandelt wurden.
- Im Bereich des Justizvollzugs wurden innerhalb der Legislaturperiode **129,5 neue Stellen** geschaffen.
 - Im Einzelhaushalt 2022 wurde Wert auf eine Optimierung des **pädagogischen Dienstes** der Justizvollzugeinrichtungen, der **muslimischen Seelsorge** und insbesondere auch der **Suchtberatung** und des **Übergangsmanagements** sowie
 - im Rahmen der Doppelhaushalte 2023/2024 und 2025/2026 auf eine Optimierung der **psychiatrischen Versorgung** in den Justizvollzugeinrichtungen gelegt. Hinzu kamen Stellen für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Bereich der Vollzugs- und Verwaltungsabteilungsleitungen.
 - Im Doppelhaushalt 2025/2026 musste ferner der Personalmehrbedarf wegen der Reform des Sanktionsrechts und hier insbesondere der Änderungen des § 64 StGB (Unterbringung in einer Entziehungsanstalt) im Hinblick auf die erwartete weitere sukzessive Erhöhung der Gefangenenzahlen erfüllt werden. Somit kann weiterhin ein **sicherer und auf Resozialisierung ausgerichteter Vollzug** gewährleistet werden.
- Damit setzt die Landesregierung einen deutlichen Akzent auf einen **starken und effektiven Rechtsstaat**. Unser Rechtsstaat ist Garant für Sicherheit und Freiheit in unserem Land. Die rheinland-pfälzische Justiz wird durch diese Stellenzuwächse gestärkt.
- Die Justiz nimmt aber auch die aufgrund der derzeitigen Situation hervorgerufene besondere Finanzverantwortung wahr und hat in dieser Legislaturperiode überall dort im Geschäftsbereich, wo es aufgrund der Personaldeckungsgrade und der Bewerberlage vertretbar und erforderlich erschien, in enger und vertrauensvoller Abstimmung mit den Geschäftsbereichen insgesamt **202,75 Stellenreduzierungen** vorgenommen, um den Stellenmehrbedarf teilweise zu kompensieren.

III. Wir verbessern die Versorgung psychisch auffälliger und kranker Gefangener

Mit dem Ausbau der lokalen ambulanten psychiatrischen Behandlung **psychisch auffälliger und kranker Gefangener** setzen wir bundesweit Maßstäbe.

- Die Justizvollzugseinrichtungen wurden für den Umgang mit psychisch schwer erkrankten Gefangenen fachlich gerüstet. Dies stellt natürlich auch einen **wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit der Bediensteten** dar.
- Die Zahl psychisch auffälliger und kranker Gefangener hat seit Jahren stark zugenommen. Ihre Betreuung und die **Verhinderung von Eigen- und Fremdverletzung bindet immer mehr Personal**. Die Entwicklung der letzten Jahre ließ hier immer häufiger empfindliche Grenzen erkennen. Einerseits ist eine enorme Belastung für das Vollzugspersonal festzustellen und andererseits, dass den betreffenden Gefangenen eine angemessene medizinische Behandlung nur unter extremen Anstrengungen angeboten werden kann.
- Es geht um den Ausbau der lokalen ambulanten psychiatrischen Behandlung (LAP) der betroffenen Gefangenen neben der Versorgung im Justizvollzugskrankenhaus. Die Anstalten arbeiten **intensiv an der Ausarbeitung und Umsetzung von Konzepten** und an der herausfordernden **Gewinnung des erforderlichen Personals**. Die lokal-ambulant-psychiatrische Behandlung in nahezu jeder Justizvollzugseinrichtung wird dadurch deutlich verstärkt, einheitlich strukturiert und professionalisiert. Dabei lehnt sich die anzustrebende Struktur an die einer tagesklinischen Behandlung an und ergänzt die stationären psychiatrischen Strukturen im Justizvollzugskrankenhaus.
- Mit **23 neuen Stellen** konnte 2023 und 2024 bereits ein Einstieg in die notwendige Optimierung der Strukturen geschaffen werden. Der Haushalt 2025/2026 sieht für einen weiteren Ausbau des Projekts **10 zusätzliche Stellen** vor.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

I. Struktur- und Technologiewandel aktiv gestalten

Wir sichern gute Arbeit, qualifizieren Menschen für neue Aufgaben und stärken Betriebe im Wettbewerb.

- **Transformationsagentur:** Seit 2022 erfolgreiche Etablierung als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Beschäftigte zur Gestaltung des Wandels der Arbeitswelt.
- **Transformationsbegleitung:** Nach erfolgreich verlaufenen Modellprojekten seit 2025 flächendeckend verfügbares, ESF+-gefördertes Coachingangebot mit niedrigschwelliger und individueller Unterstützung von Beschäftigten.
- **Weiterbildung:** Weiterbildungen können häufig ohne eine entsprechende Förderung von vielen Beschäftigten nicht in Anspruch genommen werden. Daher fördert das Land die berufliche Weiterbildung konsequent durch die ESF+-Förderansätze „QualiScheck“ und „Betriebliche Weiterbildung“.
- **Gesundheitsfachberufe:** Steigerung der Ausbildungszahlen in den privaten Schulen der Gesundheitsfachberufen seit Einführung der Schulgeldfreiheit um 76 %. Fachkräftestrategie Pflege- und Gesundheitsfachberufe RLP 2026 mit den Säulen: Fachkräftestrategie Pflege 2025-2028, Qualifizierungs- und Digitalisierungsstrategie Gesundheitsfachberufe RLP 2025 und der Schulgeldfreiheit in der Ausbildung.
- **Pflegeberufe:** Start der aktualisierten Werbekampagne #Werpflegtbewegt für die Pflegeausbildung und das Pflegestudium Anfang 2024; Durchführung der Digitalen Bildungsoffensive Pflege für digitale Kompetenzen in der Ausbildung an den Pflegeschulen.
- **Digi-Scouts:** Schaffung eines nahezu flächendeckenden Angebots für Menschen im SGB-II-Leistungsbezug in Rheinland-Pfalz. Durch Einzel- und Gruppencoachings sollen digitale Grundkompetenzen vermittelt und Ängste im Umgang mit digitalen Medien abgebaut werden.
- **Digitalisierung** der Weiterbildung und mehr Weiterbildungsangebote zum Ausbau der digitalen Kompetenzen: Durch das Projekt „Fit im digitalen Leben – DigiNetz der Volkshochschulen“ werden seit 2022 Kurse und Sprechstunden zu digitalen Fragen gefördert. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 3.534 Bürgerinnen und Bürger erreicht.
- **Digitale Teilhabe** für alle und digitale Grundkompetenzen für Erwachsene: Im Bereich der Alphabetisierung werden seit 2022 Kurse „Digitale Grundbildung“ über eine neue Förderrichtlinie gefördert, die gleichzeitig Lesen und Schreiben sowie digitale Kompetenzen vermitteln.
- Kurse zum **Nachholen von Schulabschlüssen:** Schaffung von guten Rahmenbedingungen durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums, die Anpassung der Unterrichtsstunden und die Erhöhung der Stundensätze, um die Unterstützung und das Angebot für Teilnehmende, Lehrkräfte und Anbieter noch attraktiver zu gestalten.

II. Wir vernetzen Land und Leute

Rheinland-Pfalz gestaltet die Verwaltung zukunftsfähig und bürgerfreundlich: Wir ermöglichen digitale Services, entlasten Bürgerinnen und Bürger und verbessern die Verwaltung durch moderne Technologien.

- **Digitale Wohnsitzmeldung:** Einrichtung eines Online-Portals für Bürgerinnen und Bürger mit einfachem, sicherem Verfahren. Integration in bestehende Verwaltungsprozesse und Schnittstellen zu kommunalen Systemen. Informationskampagnen für Bürgerinnen und Bürger und Schulung von Mitarbeitenden.

- **E-Akte in der Landesverwaltung:** Technische Ausstattung von über 21.000 Arbeitsplätzen. Rollout und Schulung der Mitarbeitenden in Nutzung und digitalen Prozessen. 36 Behördenprojekte zur flächendeckenden Einführung der E-Akte in 300 Behörden an über 100 Standorten.
- **Gigabit-Strategie 2030:** Um den gestiegenen Anforderungen an die digitale Infrastruktur, etwa durch Homeoffice und Videokonferenzen, gerecht zu werden, wurde die 2020 verabschiedete Strategie nach einer umfassenden Evaluation weiterentwickelt. Die neue Strategie formuliert die klaren Prinzipien Resilienz, Teilhabe und Nachhaltigkeit. Bis zum Jahr 2030 soll allen Haushalten, Unternehmen und Schulen ein Glasfaserangebot durch die Wirtschaft oder unterstützt durch Fördermittel unterbreitet worden sein.
- **Glasfaserausbau:** Die Förderung des Infrastrukturausbaus wurde in den vergangenen fünf Jahren weiter vorangetrieben. Das Investitionsvolumen der in Förderung befindlichen Projekte stieg von 759,3 Mio. € (2021) auf aktuell 1.494,3 Mio. € (2025). Entsprechend wuchs die Landesförderung und die durch das Land durch Förderbescheide gebundenen Fördermittel von 232,6 Mio. € (2021) auf 538,3 Mio. € (2025) an. Damit einher ging auch die Anzahl der nach Abschluss aller Projekte versorgten Teilnehmenden von 140.523 (2021) auf 235.538 (2025). Schließlich werden nach Abschluss aller Maßnahmen 2.035 Glasfasergemeinden und 20.802 Kilometer Glasfaser neu in Rheinland-Pfalz ausgebaut sein.
- **Mobilfunkpakt:** Mit dem Mobilfunkpakt der Jahre 2022-2024 wurden konkrete Maßnahmen mit der Branche vereinbart, von denen insgesamt 4.500 zum Jahresende 2024 umgesetzt wurden und damit zu einer Verbesserung der Mobilfunkversorgung beigetragen haben. Maßnahmen wie die Fortschreibung der Gigabit-Strategie im Jahr 2025 und die Fortführung des Mobilfunkpaktes greifen die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre auf und führen diese fort.
- **Künstliche Intelligenz:** Einführung des „Ökosystem KI“: Veröffentlichung der Empfehlungsliste mit den zugelassenen KI-Systemen. KI-Dreiklang als zentrales organisatorisches und technisches Fundament des „Ökosystems KI“: GovDigital Sandbox, LLMoin, LLM On-Premise.
- **Digitalstrategie:** Für unser Zielbild vom digitalen Rheinland-Pfalz 2030 haben wir vier Handlungsfelder und fünf Querschnittsthemen ausgemacht, die wir mit unserer Digitalstrategie gestalten. Knapp $\frac{3}{4}$ aller Strategiemaßnahmen sind schon in Durchführung, jede sechste bereits abgeschlossen
- **RLP-Digital-Governance:** Das ressortübergreifende zentrale Steuerungsmodell hilft, die digitale Transformation der Verwaltung gezielt, effizient und nachhaltig umzusetzen.

III. Sozialen Zusammenhalt stärken

Rheinland-Pfalz unterstützt Menschen in allen Lebensphasen gezielt und wohnortnah, für ein solidarisches Rheinland-Pfalz.

- **Gemeindeschwester^{plus}:** Bundesweit Vorreiter bei flächendeckender Umsetzung präventiver Hausbesuche. Einrichtung von Stellen in allen Landkreisen und fast allen kreisfreien Städten. Schulung und Qualifizierung der Fachkräfte Gemeindeschwester^{plus}. Präventive Hausbesuche, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit, Initiierung von Maßnahmen im sozialen Nahraum. Für das Landesprogramm stellt die Landesregierung im Jahr 2025 Landesmittel in Höhe von 3,8 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell sind 89 Fachkräfte Gemeindeschwester^{plus} mit 60 VZÄ in 35 von 36 Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz im Einsatz (Stand November 2025).
- **Pflegestützpunkte:** Ausbau der Beratungs- und Serviceangebote vor Ort. Vernetzung mit Kliniken, Sozialämtern und ambulanten Diensten.
- **Familienzentren / Frühe Hilfen:** Flächendeckende Förderung und Ausbau der Angebote für Kinder, Eltern und Familien. Bereitstellung von Programmen zur frühzeitigen Unterstützung in belasteten Lebenslagen.
- **Digital-Botschafter und -Botschafterinnen:** Schulungen und Begleitung im Umgang mit digitalen Angeboten (z. B. E-Government, Videotelefonie). Niedrigschwellige Vermittlung digitaler Kompetenzen, damit Teilhabe auch digital möglich ist.
- **Soziale Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen:** Seit Einführung des Förderprogramms zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut im Jahr 2018 wurden 232 Projekte gefördert.
- **Sonderförderung der Tafeln und sonstigen Lebensmittelausgabestellen:** Mit einer Förderung von insgesamt 550.000 € in den Jahren 2021-2025 unterstützt die Landesregierung das ehrenamtliche Engagement der Tafeln und sonstigen Lebensmittelausgabestellen in Rheinland-Pfalz.
- **Schuldner- und Insolvenzberatung:** Mit der Anhebung und Dynamisierung der Förderung der Fachpersonalkosten hat die Landesregierung die Schuldner- und Insolvenzberatung in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig ausgestaltet.
- **Modernisierung in der Wohnungslosenhilfe:** Seit dem Jahr 2023 wird „Housing First“ in Rheinland-Pfalz an mittlerweile fünf Standorten – in Koblenz, Landau, im Westerwaldkreis, in Zweibrücken (seit 2024) und in Neuwied (seit 2025) – modellhaft erprobt.
- **Clearingstellen:** Neben dem Standort in Mainz wurde die Anzahl der geförderten Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz ausgeweitet. Seit 2021 gibt es eine Clearingstelle in Koblenz und Worms/Ludwigshafen, seit 2024 in Kaiserslautern.

Ministerium für Bildung

I. Rheinland-Pfalz ist das Land der Chancengleichheit. Bei uns stehen Kinder und Jugendliche und ihre Familien im Mittelpunkt.

Kinder und Jugendliche sollen ihren Weg gehen können, und zwar unabhängig von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern. Damit das gelingt, braucht es gute Rahmenbedingungen und eine Bildungsfamilie, die konsequent die Lernenden in den Mittelpunkt stellt und die Möglichkeiten des Erfolgs für alle zum Ziel erklärt.

- **Sprachbildung, Sprachstandserhebung** und Stärkung der **Basiskompetenzen**: Sprache ist der Schlüssel zur Welt und wer früh gefördert wird, profitiert enorm. Deshalb haben wir die Anmeldung von angehenden Schulkindern auf 4,5 Jahre vorgezogen. Mit dem sogenannten 9-Punkte-Plan stärken wir die Basiskompetenzen, das Rechnen-, Lesen-, Schreibenlernen.
- Einrichtung von **Familiengrundschulzentren**: 14 Grundschulen in besonders herausfordernder Lage sind mittlerweile Familiengrundschulzentren, dort werden Bildung, Beratung, Jugendhilfe und soziokulturelle Angebote gebündelt.
- Auf- und Umsetzung des **Startchancen-Programms**: Rheinland-Pfalz war eines der ersten Länder, das mit „S4 Schule stärken – starke Schule“ ein Programm speziell für Schulen in herausfordernder Lage aufgesetzt hat. S4 war Vorbild für das Startchancen-Programm des Bundes, das größte Bildungsgerechtigkeitsprogramm, das es jemals gab. 200 rheinland-pfälzische Schulen sind jetzt Startchancen-Schulen und Rheinland-Pfalz ist bei der Umsetzung ganz vorne dabei.
- Ausweitung der **Schulsozialarbeit** auf Grundschulen in herausfordernden Lagen.
- Ausweitung des Projekts **Schulgesundheitsfachkräfte** (26 teilnehmende Grundschulen).
- Flächendeckendes Netz an **Ganztagschulen** – jedes Kind, das in Rheinland-Pfalz einen Ganztagsplatz benötigt, bekommt auch einen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht Hand und Hand mit Förderung unserer Schülerinnen und Schüler.
- Gute **Unterrichtsversorgung**: Mit mehr als 45.000 Lehrkräften haben wir so viele Lehrerinnen und Lehrer wie nie zuvor. Alle offenen Stellen können im Laufe des Schuljahres besetzt werden. Und mit unserer erfolgreichen Lehrkräftekampagne werben wir weiter um guten Nachwuchs.
- Neue **Schulordnung** für öffentliche Förderschulen sowie die neue Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen: Zusätzliche Stellen für die Implementierung der beiden Schulordnungen. Zusätzliche Studienplätze für das nördliche Rheinland-Pfalz durch neuen Studiengang „Lehramt an Förderschulen“ an der Universität Koblenz seit dem Wintersemester 2024/2025.
- Ausweitung **„Keiner ohne Abschluss“** (KoA): 20 Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler zielgerichtet zum Abschluss geführt werden. Bis heute haben mehr als 85 % der Teilnehmenden ihren Abschluss erreicht, davon haben 90 % einen direkten Anschluss gefunden.
- Moderne **Berufsorientierung** an allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen.
- **Ferienbetreuung**: 1,5 Millionen Euro für verlässliche und gute Betreuung in den Ferien.

II. Gute und verlässliche Bildung – von Anfang an und überall in Rheinland-Pfalz.

Mit guten frühkindlichen Bildungsangeboten schaffen wir die Basis für einen erfolgreichen Bildungsweg. Fast alle rheinland-pfälzischen Kinder zwischen drei und sechs Jahren werden in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut.

- **Erfolgreiche Fachkräftekampagne** „Werde Erzieherin oder Erzieher“: Aktuell befinden sich mehr als 6.000 Personen in der Ausbildung zum Erzieher, zur Erzieherin.
- Aktuell stehen in unseren Kitas circa **39.000 Fachkräfte** im Dienst der Kinder – zum Vergleich: 2013 waren es noch 26.000 Personen und damit 13.000 Fachkräfte weniger.
- **Schnellere Wege in den Beruf**: Mehr Ausbildungsstandorte, Verkürzung der Ausbildungszeiten, schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.
- **Unterstützung der Kommunen**: 40 Mio. € Sonderprogramm für einen beschleunigten und modernen Kita-Bau. Das Sonderprogramm für einen beschleunigten und modernen Kitabau 2024 fördert knapp 200 (197) neue Projekte.
- Bundesweit ein Vorbild: Flächendeckende Einführung von **Kita-Sozialarbeit** durch Verankerung des Sozialraumbudgets im KiTa-Gesetz.
- **Stark im Sozialraum**: Sozialraumbudget von mittlerweile rd. 57 Millionen € im Jahr 2025 (Sozialraumbudget steigt dynamisch um 2,5 Prozentpunkte pro Jahr an).

III. Wir gestalten die Schule der Zukunft.

Bildung muss sich weiterentwickeln, damit unsere Kinder und Jugendlichen stark und selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Wir gehen voran und entwickeln das Lernen und Lehren der Zukunft.

- **Schule der Zukunft**: Initiative „Schule der Zukunft“ mit rund 150 teilnehmenden Schulen aller Schularten.
- **Schulbaurichtlinie**: Beste Bildung braucht moderne Räume – das wird mit der neuen Schulbaurichtlinie möglich. Im Haushalt 2025/2026 stehen 140 Millionen € für Schulbauförderung zur Verfügung.
- Start des **Pflichtfachs Informatik** schrittweise an allen weiterführenden Schulen.
- **Bundesweite Vorreiterrolle bei der Digitalisierung**: Digitales Kompetenzzentrum als zentraler Ansprechpartner für Schulen bei allen Aspekten der Digitalisierung.
- **Fobizz**: KI-Tools, Anwendungen und Fortbildungen, für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler kostenfrei.
- **Vereinbarung zur Kostenträgerschaft von Wartung und Support**: Das Land unterstützt die Schulträger dabei pro Jahr mit 6 Millionen €.
- **MINT**: Rheinland-Pfalz war das erste Bundesland mit einer **eigenen MINT-Strategie**. Wir haben erstmalig in Deutschland einen landesweiten MINT-Hub für die Projekte von Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e.V. eingerichtet. Hier waren wir Vorreiter. Mittlerweile wurde das Konzept in SH (2022), BW und SN (2023) übernommen. Die MINT-Geschäftsstelle koordiniert die MINT-Aktivitäten und Förderungen, ähnliche Koordinierungsstellen gibt es bundesweit nur in drei weiteren Bundesländern.

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

I. Gute medizinische Versorgung in den Städten und auf dem Land

Die Landesregierung sichert gute medizinische Versorgung im ganzen Land und stärkt diese bedarfsgerecht. Sie hat dabei gleichermaßen die Stadt und den ländlichen Raum im Blick.

- Mit der **Landarztquote** und der **Landkinderarztquote** stärken wir die medizinische Versorgung des ländlichen Raums in der Zukunft. Wir richten darüber hinaus einen Fokus auf die kinderärztliche Versorgung, indem wir diese in unser Programm zur Hausarzt-Niederlassungsförderung aufgenommen haben und zur Nachwuchsgewinnung zusätzliche ambulante pädiatrische Weiterbildungsstellen finanziell absichern.
- Als Land investieren wir in den Auf- und Ausbau der **medizinischen Ausbildung** sowie in die Akademisierung der Gesundheitsberufe. Neben neuen Studienplätzen für Medizin wurden auch Studienangebote für Pflegefachkräfte, Hebammen und Physician Assistants geschaffen. Wir ermöglichen ein höheres Qualifizierungsniveau, bessere Versorgungsqualität und leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Ärztinnen und Ärzte.
- Mit dem Fallmanager beschleunigen wir die **Anerkennungsverfahren aus sogenannten Drittstaaten** in den akademischen Heilberufen. Der Fallmanager unterstützt Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte mit in Drittstaaten abgeschlossener Ausbildung bei der Vorbereitung der Antragstellung auf Erteilung der deutschen Approbation.
- Mit dem **Ausbau von Hebammenzentralen** unterstützen wir werdende Eltern bei der Suche einer Hebamme und entlasten gleichzeitig die Hebammen, damit diese sich stärker auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren können. Darüber hinaus leisten wir mit den hebammengeleiteten Kreißsälen einen wichtigen Baustein für eine selbstbestimmte Geburt und mit der Verteilung von Bundesmitteln für die **Förderung der Geburtshilfen** haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung im ländlichen Raum gelegt.
- Mit vielfältigen Maßnahmen stärkt das Land die medizinische Versorgung. Neben dem Einsatz für eine Reform der **Bedarfsplanung von Psychotherapeutinnen und -therapeuten** gehen wir durch die **Maßnahmen des Aktionsplans Rheuma** ganz konkret Versorgungssorgen der Bevölkerung an. Hierzu gehören innovative Ideen für eine zukunfts feste hausärztliche Versorgung, wie im gemeinsamen Teampraxis-Projekt „HÄPPI“ mit dem Hausärzterverband und der AOK in Rheinland-Pfalz. Als Lehren aus der Corona-Pandemie hat Rheinland-Pfalz außerdem die Versorgung von Long-Covid-Betroffenen durch **Post-Covid-Ambulanzen** gestärkt. Mit dem Aufbau eines **Landesmateriallagers** sorgen wir vorausschauend für künftige Krisen vor – mit gesicherter Infrastruktur, verlässlicher Logistik und abgestimmter Notfallvorsorge.
- Die **Regioklinik** wird als sektorenübergreifender Versorger im Sinne des neuen KHVVG eingeführt. Sie steht für innovative Versorgungsstrukturen an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung - vom Alltagsnotfall bis zur Kurzzeitpflege. Damit verbunden ist auch eine zukunftsfähige Aufstellung der Krankenhäuser durch die gelingende Umsetzung der Krankenhausstrukturreform und die Verdopplung der Investitionsmittel des Landes ab 2026.
- Um die Transparenz und das Wissen über Hilfsangebote zu verbessern, haben wir seit 2022 die Entwicklung des psychNAVi finanziell gefördert und inhaltlich begleitet.

II. Rheinland-Pfalz entwickelt sich zu einem führenden Biotechnologie-Standort.

Die Biotechnologie ist weltweit einer der am stärksten wachsenden Wissenschaftszweige mit hohem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Potenzial. Rheinland-Pfalz hat dieses Potenzial erkannt und sich nicht zuletzt aufgrund der Stärken im Bereich der Forschung zum Ziel gesetzt, zu einem führenden Standort für Biotechnologie zu werden. Im Biotechnologie-Beirat des Landes bringen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ihre Expertise für den Standort zusammen.

- Rheinland-Pfalz entwickelt sich zu einem **führenden Biotechnologie-Standort**. Seit 2021 wurden für dieses Ziel in der Forschung einschließlich der Grundfinanzierungen der Forschungseinrichtungen weit über 90 Mio. € in Vorhaben der Grundlagen- und Vorlaufforschung investiert. Bis Ende der Legislaturperiode werden es über 110 Mio. € sein.
- Dabei wurde die **Geräteinfrastruktur** – neben zahlreichen spezifischen Projektförderungen – durch die Geräteinitiative des Landes mit rund 5,6 Mio. € gefördert.
- Mit den **Förderprogrammen Biotech-Fellows International und Industrie** und dem **Graduiertenförderprogramm AI 4 Life Science** werden Forschungs Kooperationen zwischen Wissenschaft, Industrie und internationalen Partnern gezielt gestärkt.
- Der Verbund von vier Rhein-Main-Universitäten „**futury**“ hat sich im Startup-Factory-Wettbewerb durchgesetzt und fungiert als wichtige Plattform für Gründungswillige. Wissenschaftskommunikation wird u.a. durch die Akademie der Wissenschaften gestärkt, die Biotechnologie-Akademie RLP stellt eine wichtige Schnittstelle zwischen Schule, Studium und Beruf dar.
- Der Neubau des Forschungsgebäudes der **TRON gGmbH** (Translationale Onkologie Mainz) auf dem Gelände der Universitätsmedizin Mainz wird ab 2027 Platz für 400 Mitarbeitende bieten. Aufgabe des TRON ist die Translation - also Übersetzung - grundlagenorientierter Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Onkologie und Immunologie in die klinische Praxis, um dadurch die konkrete Behandlung von Patientinnen und Patienten zu verbessern und zu beschleunigen.
- Den **infrastrukturellen Ausbau** dokumentieren unter anderem der Spatenstich zum Bau eines neuen Gebäudes für das Helmholtz-Institut für Translationale Onkologie Mainz, die Einweihung des Biomedizinischen Forschungszentrums und der angestoßene Neubau der Pharmazie an der Johannes Gutenberg-Universität, die Ansiedlung von Kadans Science Partner als **Wissenschaftspark- und Netzwerkbetreiber** auf den Biotechnologie-Campus, die Bauprojekte LAB 1 und LAB 2 sowie die großen Investitionsvorhaben von Eli Lilly, AbbVie, NovoNordisk oder Boehringer Ingelheim.
- Mit einer regelmäßigen Präsenz auf **Messen** darunter in Berlin und bei der Mitausrichtung der Curious Messe in Mainz 2024 demonstrieren wir deutlich die vorhandene und wachsende Bedeutung des Standortes.
- Im zukunftsweisenden Schnittfeld von **Biotechnologie und Künstlicher Intelligenz** wurden in Rheinland-Pfalz wichtige Fortschritte erzielt. Der Mainzer Zukunftscluster **curATime** mit seinen Kernpartnern TRON, DFKI und Universitätsmedizin Mainz entwickelt KI-gestützte Ansätze zur **Diagnose und Behandlung kardiovaskulärer Erkrankungen**; das MWG unterstützt dies mit **1 Mio. €**.
- Auch in anderen Regionen werden entsprechende Kompetenzen ausgebaut, unter anderem als Leuchtturmprojekte, wie **Künstliche Intelligenz (KI) und Biotechnologie** Innovationen für Medizin, Forschung und einer nachhaltigen Produktion befeuern.
- Im Bereich der industriellen Biotechnologie fördert das MWG beispielsweise in der Westpfalz Projekte im Bereich der **nachhaltigen Biotechnologie** an der **Hochschule Kaiserslautern**. Mit der geplanten Etablierung eines Zentrums für **biotechnologische Skalierung** wird unter Federführung der BASF Übergang biotechnologischer Verfahren vom Labor in die industrielle Produktion erleichtert, gefördert und beschleunigt.

III. Hochschulen stärken

Wir investieren in Bildungsgerechtigkeit, Forschungskraft und Zukunftsfähigkeit – für eine vielfältige Hochschullandschaft der Spitzenklasse.

- Die **Abschaffung der Zweitstudiengebühren** ist ein klares Bekenntnis für die Bildungs- und Chancengerechtigkeit in unserem Land. Gute Bildung darf keine Frage der individuellen finanziellen Möglichkeiten sein.
- Mit der Möglichkeit, den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften für besonders forschungsstarke Bereiche ein fachlich begrenztes **Promotionsrecht** zu verleihen, stärken wir ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir stärken den Verbund der **Rhein-Main-Universitäten** als ein Motor für Innovationen und fördern die Bewerbung in der **Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder** um eine Förderung als „Exzellenzverbund“. Dies schafft neue Chancen für junge Talente und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Rhein-Main-Region
- Mit der **Novellierung des Hochschulgesetzes** machen wir unsere Hochschullandschaft noch gerechter, offener, digitaler, internationaler und transparenter und gleichzeitig stärken wir ihre Attraktivität im nationalen und internationalen Wettbewerb um Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.
- Die wirtschaftliche Sanierung und infrastrukturelle Modernisierung der **Universitätsmedizin** dient der finanziellen Entlastung des laufenden Betriebs sowie der Förderung der Zukunftsfähigkeit im Bereich der IT- und Bauinfrastruktur.
- Durch zusätzlich bereitgestellte Mittel aus dem **Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“** ermöglichen wir den Kapazitätserhalt und die Profilbildung im Zuge der Neustrukturierung der Rheinland-Pfälzisch Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU).
- Rheinland-Pfalz gehört seit Jahren zu den Spitzenreitern im Ländervergleich bei den **Hochschulabsolvierenden ohne Abitur**. Mit 3,5 Prozent der Studienanfänger liegt Rheinland-Pfalz mit Hessen gemeinsam auf Platz 4 im Länderranking.
- Rheinland-Pfalz hat im Wintersemester 2025/2026 mit 17,7 % zulassungsbeschränkter Studiengänge den **zweitniedrigsten Wert im Bundesvergleich** (32,5 %).
- Während in anderen Bundesländern die Hochschulen mit Einsparungen rechnen oder um bereits in Aussicht gestellte Mittel bangen, stellen wir den Hochschulen eine mehr als **solide und vor allem verlässliche Finanzierung** zur Verfügung.

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

I. Wir schützen das Klima mit mehr Erneuerbaren Energien

Wir wollen, dass sich in unserem Land mehr Windräder drehen und Photovoltaikanlagen mehr Strom aus Sonnenenergie gewinnen. Dabei ist es für uns von besonderer Bedeutung, dass die Energiewende im Dialog mit den Menschen vor Ort und im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz geschieht. Wir wollen, dass die Wertschöpfung vor Ort in den Kommunen bleibt und die Menschen in Rheinland-Pfalz von der Energiewende profitieren.

- **Solarenergie**
 - Steigerung der PV-Ausbaugeschwindigkeit von 186 MW in 2022 auf 943 MW in 2024.
 - Solarpflicht für Gewerbeneubauten und große Gewerbeparkplätze; PV-Pflicht auch für kommunale Neubauten, Dachsanierungen und große Parkplätze sowie einer PV-Ready-Pflicht für private Neubauten; Schaffung eines landesweiten Solarkatasters.
- **Windenergie**
 - Steigerung der Brutto-Windenergieausbaugeschwindigkeit von 88 MW in 2020 auf 206 MW allein in 2024. Die mittlere Genehmigungsdauer bei Windenergieanlagen ist von ca. 39,6 Monaten im Jahr 2021 auf 16,6 Monate im 1. Halbjahr 2025 gesunken.
 - Zentralisierung der Zuständigkeit für immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen bei den SGDen; Digitalisierung von Planungs-, Genehmigungs- und Betriebsprozessen entlastet Betreiber und Gewerbeaufsicht.
 - Reduzierung der Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Siedlungsgebieten sowie weitere landesplanerische Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus.
- **Stromnetze**
 - „Stromnetz 2045: Datenwerkstatt Rheinland-Pfalz“: In einem bundesweit einmaligen Prozess haben Energiewende-Akteure ihr lokales Wissen zur künftigen Entwicklung von Stromerzeugung und -verbrauch zusammengeführt und Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Netzausbauplanung abgeleitet.
- **Kommunaler Klimaschutz**
 - 168 Kommunen nehmen am Kommunalen Klimapakt mit den KSVen und dem VKU teil. Fortschreibung des kommunalen Klimapaktes für die Jahre 2025 – 2027.
 - Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)
 - Schaffung von Planungsklarheit für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen für die Kommunale Wärmeplanung mit einem Landesgesetz (AGWPG).
- **Gesetzliche Verankerung der Zielsetzung Klimaneutralität**
 - Landesklimaschutzgesetz, welches für jeden Sektor klare Ziele vorgibt und einen Abbaupfad mit Zwischenzielen für Treibhausgasneutralität 2040 beschreibt.
 - Klimaschutz durch Ressourcenschonung und Förderung nachhaltiger Rohstoffe; Verabschiedung eines novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetzes.
 - Lieferkettenzertifikat „Holz von Hier“; CO₂-Einsparung durch geringen Transport.
 - Förderung von Bauen mit Holz als nachhaltigem Rohstoff durch das „Klimabündnis Bauen“ und die „Schwerpunktregion Holzbau Trier“ (gemeinsam mit dem Bund).
- **Klimafreundliche Mobilität**
 - Umsetzung des 9-Euro-Tickets und Einführung und Sicherung des Deutschlandtickets.
 - Planungsbeginn für neun Reaktivierungskandidaten stillgelegter Bahnstrecken und Reaktivierungen wie die Weststrecke Trier und Homburg-Zweibrücken.
 - Elektrifizierung von Ahrtal- und Eifelbahn und Neubau von Bahnstationen.

- Errichtung multimodaler Verkehrsknoten (Verknüpfung Bahn, Bus, Bike&Ride, P&R).
- Umstellung der E-Verkehre auf Ökostrom.
- Förderung der Kampagnen Stadtradeln und Schulradeln.
- Dienstrad Leasing für die Bediensteten der Landesverwaltung und Hochschulen.
- Erstellung eines Landesnahverkehrsplans (in Erarbeitung).
- **Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft**
 - Wasserstoffstudie, um eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft kostenoptimal aufzubauen und das Land zu einer Modellregion für grüne Wasserstofftechnologien zu entwickeln.

II. Bürgerinnen und Bürger werden unterstützt, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen

Extremwetterphänomene werden immer wahrscheinlicher. Deswegen müssen wir unser Land im Sinne der Menschen auf häufiger auftretende und länger anhaltende Dürreperioden sowie Hochwasser- und Starkregenereignisse vorbereiten.

- **Anpassung der Wasserwirtschaft an die Folgen des Klimawandels**
 - Erstellung des Wasserversorgungsplans; Abschluss eines Pakts zur resilienten Wasserversorgung mit KSVen und Fachverbänden mit Sonderförderprogramm
 - Novelle des Landeswasserentnahmeentgeltgesetzes für die Einbeziehung der Landwirtschaft; Neufassung Förderrichtlinie Wasserwirtschaft mit neuem Fördergegenstand Wasserrückhalt auf der Fläche
 - Erstellung des Zukunftsplans Wasser Rheinland-Pfalz
- **Anpassung an häufigere und extremere Hochwasserereignisse**
 - Beschluss und sukzessive Umsetzung des 7-Punkte-Plans Hochwasservorsorge
 - Einführung des HydroZwillings für Hochwassergefahren
 - Landeswassergesetz (derzeit in Ausschussverfahren nach erfolgter erster Lesung)
- **Anpassung der Rheinland-Pfälzischen Wälder an die Folgen des Klimawandels**
 - Förderung und Erforschung zukunftsfähiger Mischwälder im Projekt Klimawald 2100; Waldökologische Maßnahmen zur Entwicklung von laubbaumgeprägten Mischwäldern
 - Ausbau und Verstetigung der Unterstützung der Waldbesitzenden bei der Bewirtschaftung der Wälder zum Zwecke der Steigerung der Resilienz der Waldökosysteme
 - Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen zufolge der Borkenkäferkalamität
 - Stärkung Wasserrückhalt im Wald zur Stabilisierung der Waldökosysteme
 - Entwicklung der Wald-Klima-Offensive

III. Vielfalt der Arten und Lebensräume werden erhalten.

Das Artensterben ist, wie die Klimaerhitzung eine globale Krise. Deswegen denken wir als Klimaschutz- und Umweltministerium den Kampf gegen den Klimawandel mit dem Erhalt der Vielfalt der Tiere, Pflanzen und Lebensräume in unserem Land zusammen.

- **Optimierung des Naturschutzmanagements**
 - Etablierung zweier Modell-Naturschutzstationen in den Landkreisen Donnersbergkreis, Bad Dürkheim und der Stadt Neustadt a.d.W. sowie in der Vulkaneifel
 - Kooperationsvereinbarung mit dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL)
 - Überführung erster Naturschutzstationen in den Regelbetrieb ab 2026
- **Erarbeitung und Bereitstellung fachlicher Grundlagen insbesondere für die Biotopvernetzung**
 - Zielekarten der Planung vernetzter Biotopsysteme Rheinland-Pfalz (Stand: 2020)
 - Fachkonzept „Landesweiter Biotopverbund Rheinland-Pfalz“ (Stand: 2024)

- Forschungsprojekt „Terrestrische Klimaresilienz der Landschaft“ (Stand: 2024)
- **Schutz von Großkarnivoren**
 - Erarbeitung eines neuen Wolfsmanagementplans; Etablierung des Kompetenzzentrum Luchs und Wolf für ein erfolgreiches Großkarnivorenmonitoring und –management; Auszeichnung mit dem LIFE-Award + Erfolgreicher Abschluss des Luchs-Projektes im Pfälzerwald und Integration des Monitorings ins KLUWO
- **Förderung von Artenschutzprojekten**
 - Vogelmonitoring (GNOR), „Fledermäuse Willkommen“ (NABU), Wildkatzentotfundmonitoring (BUND), Leitartenprojekt Wiesenbrüter (Braunkehlchen) im Westerwald, Leitartenprojekt Kiebitze in der Rheinebene (GNOR)
- **Artenschutz in der Energiewende**
 - Dialog „Windenergie und Artenschutz“ mit den Fachverbänden; Errichtung eines Kompetenzzentrums Staatliche Vogelschutzwarte und Artenvielfalt in der Energiewende
- **Arten- und Biotopschutz in der Fläche**
 - Voranschreiten der Grünlandkartierung in mehreren Landkreisen
 - Vereinbarung zur Natura-2000-Bewirtschaftung im Wald
 - Vertragsnaturschutz fördert auf rund 30.000 ha eine naturschutzorientierte Wirtschaftsweise in den Bereichen Grünland, Acker, Streuobst und Weinberg
 - Neue Ausweisung des Naturschutzgebiets Nauberg
 - Dialogprozesses „Schulterschluss Artenvielfalt Rheinland-Pfalz“
 - Fortführung der Aktion Grün sowie der Aktion Blau Plus
 - Veröffentlichung des „Konzepts zur Förderung der Vielfalt der Insekten im Wald“ und Etablierung im Regelbetrieb von Landesforsten
 - Ausweisung von 936 ha Naturwaldreservate im Staatswald der Pfälzer Rheinauen

Gemeinsam bauen wir wieder auf

Die Naturkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021 war mit ihrem ungekannten Ausmaß für die betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz, insbesondere für das Ahrtal, eine Zäsur. Sie ist das **größte Schadensereignis in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz**. Infolge der tiefgreifenden Zerstörungen, welche die Naturkatastrophe angerichtet hat, ist ein grundlegender Wiederaufbau erforderlich, der eine gigantische Aufgabe darstellt.

Sondervermögen „Aufbauhilfe Rheinland-Pfalz 2021“

- Durch das geschaffene **Sondervermögen „Aufbauhilfe Rheinland-Pfalz 2021“** wurden bis zum 30.09.2025 insgesamt rund **2.222 Mio. €** (ohne Rückzahlungen an den Bund) an die betroffenen Gebiete ausgezahlt. Der Großteil der Ausgaben entfiel auf die Wiederherstellung der Infrastruktur in Gemeinden (rd. 1.000,25 Mio. €), die Maßnahmen zur Schadensbeseitigung der Selbständigen, gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige Freier Berufe sowie wirtschaftsnahe Infrastruktur (rd. 568,84 Mio. €) und die Behebung von Hochwasser- und Starkregenschäden an Wohngebäuden (rd. 553,84 Mio. €).
- Über die Zahlungen hinaus, die über das Aufbauhilfe-Sondervermögen abgewickelt werden, sind auch im **Kernhaushalt**, insbesondere für nicht aus dem nationalen Aufbauhilfefonds erstattungsfähige Leistungen, Ausgaben vorgesehen, um den Wiederaufbau zügig voranzutreiben und die Betroffenen angemessen zu unterstützen. Bereits in den Haushaltsjahren 2021 bis 2025 (Stand 30.06.2025) wurden rund **331 Mio. €** in Verbindung mit der Flutkatastrophe ausgegeben. Ein nachhaltiger Wiederaufbau wird damit ermöglicht.

Wiederaufbau

- Der Wiederaufbau läuft mit einem hohen Tempo und hoher Dynamik, Fortschritte sind überall zu erkennen. Im Bereich des Wiederaufbaus der allgemeinen kommunalen Infrastruktur (zum Beispiel Schulen, Kitas, Sportstätten, Brücken etc.) kommen immer **mehr Projekte von der Planung in die Umsetzung**. Viele Projekte konnten auch bereits abgeschlossen werden.
- Die hohe Dynamik im Wiederaufbau spiegelt sich in den Förderzahlen zum Wiederaufbau wider: Im Bereich der **allgemeinen kommunalen Infrastruktur** waren zum 15. Oktober 2025 1.636 Förderanträge mit einem Volumen von 1,125 Mrd. € bewilligt. Auch die Bewilligungsquote konnte hier immer weiter gesteigert werden: 2023: 84,8 Prozent. 2024 und 2025: **über 99 Prozent**. Heute bedeutet „beantragt“ – bis auf wenige Ausnahmen – schon bewilligt.
- Über **alle Bereiche der Wiederaufbauförderung** hinweg wurden zum 15. Oktober 2025 bislang mehr als **20.000 Anträge gestellt und hiervon wiederum über 19.300 bewilligt**. Diese beeindruckend hohe Schlagzahl im Fortschritt beim Wiederaufbau ist ein starkes Zeichen und eine gute Botschaft für die Wiederaufbauregionen.
- Sehr zeitnah nach der Katastrophe wurden die Voraussetzungen in
 - **organisatorischer** (bspw. Beauftragte für den Wiederaufbau. Wiederaufbauorganisation, Sonderorganisationen in vielen Bereichen),
 - **finanzieller** (bspw. Soforthilfen und Spenden, Aufbauhilfefonds, Billigkeitsleistungen für Kommunen) sowie
 - **rechtlicher** Hinsicht (bspw. Erleichterungen in Landesgesetzen (wasserrechtlich, baurechtlich etc.), Bereich Vergaberecht (Verfahrensvereinfachungen bei Aufbauhilfen)) für den Wiederaufbau geschaffen.

- Bereits im September 2021 standen den Betroffenen **alle Antragsstrecken** zur Verfügung. Dort, wo Bedarfe nach weiteren Erleichterungen und Vereinfachungen, insbesondere im Hinblick auf Liquidität, erkannt wurden, wurde entsprechend nachgesteuert.
- Ergänzend wurden sehr schnell zielgruppengerechte **Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote** aufgebaut, die kontinuierlich und bedarfsgerecht weiterentwickelt wurden. Seit Beginn stehen das Mdl, die ADD und das Verbindungsbüro vor Ort den Kommunen als zuverlässige Ansprechpartner zur Seite.
- Der Wiederaufbau erfolgt zukunftsgerichtet, risikoangepasst und nachhaltig. Mit den gewährten Aufbauhilfen wird ein zeitgemäßer, den **aktuellen baulichen und technischen Normen** entsprechender, risikoangepasster und damit nachhaltiger Wiederaufbau ermöglicht, beispielsweise
 - der Wiederaufbau eines zerstörten **Kindergartens** aus den 1960er Jahren nach den **aktuellen Standards**, nicht nach den Standards der 60er-Jahre.
 - Die Verlagerung von Technik oder **Heizungsräumen ins Obergeschoss** eines Gebäudes. Auch ist ein Wiederaufbau an anderer Stelle außerhalb des Überschwemmungsgebiets möglich.
 - In begründeten Fällen auch **Modernisierungen**, soweit hierfür zum Zeitpunkt der Schadensermittlung eine Rechtspflicht bestand (z. B. heutige Energiestandards oder Anforderungen an die Barrierefreiheit) oder sie bei Beachtung des Hochwasser- und Überschwemmungsrisikos zwingend erforderlich sind.
- Darüber hinaus fördern wir Maßnahmen und Vorhaben, die nicht aus dem Aufbauhilfefonds finanziert werden können, bestmöglich aus anderen **Förderprogrammen des Landes**.
- Mit den sogenannten **Scoping-Terminen** hat das Land ein Angebot geschaffen, um die Kommunen frühzeitig zu unterstützen, wenn möglicherweise mehrere Förderprogramme für eine Maßnahme in Frage kommen könnten. Dies spart Zeit und Ressourcen. Bisher wurden über **90 Termine** durchgeführt.
- Ein besonders innovatives Werkzeug, mit dem das Mdl betroffene Kommunen der Verbandsgemeinden Adenau und Altenahr unterstützt, ist der „**Kommunal-Koordinator**“. Den Ortsbürgermeistern teilnehmender Kommunen stehen feste Ansprechpartner zur Verfügung, die bei der Umsetzung von Projekten der Ortsentwicklung unterstützen.
- Mit dem Verein **Zukunftsregion AHR e.V.** unterstützt das Land die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des gesamten Landkreises.
- Den Akteuren vor Ort ist es zu verdanken, dass der Wiederaufbau immer sichtbarer wird und dass immer mehr Maßnahmen vor dem Abschluss stehen oder bereits realisiert sind. Damit wir diesen Weg des Wiederaufbaus, der noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird, mit der gleichen Dynamik weitergehen können, gilt das für die Zukunft, was bereits für die Vergangenheit galt: **Das Land wird weiterhin fest an der Seite der Kommunen und aller Betroffenen stehen.**

Wirtschaft

- Bei der **Wiederaufbauhilfe Unternehmen** sind bisher 791 Anträge bei der ISB gestellt worden, die alle bereits bewilligt wurden. Über 685 Millionen € konnte so für den Wiederaufbau der betroffenen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Die zahlenmäßig meisten Anträge kamen aus dem Gastgewerbe, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, das Baugewerbe, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie das verarbeitende Gewerbe.
- Das **Antragsverfahren** wurde bewusst schlank und unbürokratisch gehalten. In enger Abstimmung mit den IHK und HWK erfolgte zudem eine regelmäßige Beratung betroffener Unternehmen.
- Mit gezielten finanziellen Fördermaßnahmen, innovativen Projekten u. a. zur Digitalisierung im Bereich Gästeservice oder dem Nachhaltigen Tourismuskonzept Ahrtal 2025 ist das Ahrtal auch

auf einem guten Weg, wieder zu einer der attraktivsten **Tourismusdestinationen** in Rheinland-Pfalz zu werden.

- Die **touristische Infrastruktur** beispielsweise im Kurpark Bad-Neuenahr wird wiederhergestellt und ausgebaut.
- Im **Weinbau** konnten von den über 70 Anträgen zu Schäden an Gebäuden, Technik und anderen Vermögensgegenständen nahezu alle bewilligt werden und rund 16,4 Mio. € ausgezahlt werden.
- Durch die Task-Force „Bodenordnung“ am DLR Westerwald-Osteifel konnten in Rekordgeschwindigkeit die beiden **Bodenordnungsverfahren** in Mayschoss und Dernau vorangetrieben werden für einen schnellen Wiederaufbau der zerstörten Rebflächen.
- Das MWVLW hat Bund und EU-Kommission überzeugt, die **Antragsfristen** für Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe bis zum 30. Juni 2026 zu verlängern und so ein Stück Planungssicherheit zu geben.
- Im Bereich **Verkehrsinfrastruktur** läuft der nachhaltige Wiederaufbau von Anfang an auf Hochtouren. So konnte bereits nach sechs Wochen unterbrochene Straßen- und Brückenverbindungen geschlossen und alle Ortsteile wieder erreicht werden. Nach rund eineinhalb Jahren gelang es, die Hauptadern wiederherzustellen.
- Die eingestürzte **Brücke B 9** bei Sinzig wurde in Rekordzeit von neun Monaten erneuert.
- Der **Ahr-Radweg**, der eine wichtige touristische Infrastruktur darstellt, wird sukzessive wiederhergestellt. Die Gesamtkosten werden auf 52 Mio. € geschätzt. Der Wiederaufbau in den bahnparallelen Lagen erfolgt in Abstimmung mit der Deutschen Bahn zeitgleich zum Wiederaufbau der Bahnstrecke. Zur Überbrückung wurden Ersatzrouten geschaffen sowie ein Radbus-Angebot mit finanzieller Unterstützung des Landes eingerichtet. Die endgültige Freigabe des Ahr-Radweges wird Mitte 2026 erfolgen.

Wasserwirtschaft

- Eine Vielzahl von Maßnahmen zur Wiederherstellung in den Bereichen **Wasserversorgung, Abwasser, Hochwasserschutz und Gewässerwiederherstellung** wurden fachlich und finanziell unterstützt. Mit Stand 31.10.2025 wurden im Rahmen des Wiederaufbaus 586 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 561,1 Mio. € gewährt.
- Aus der Vielzahl der Projekte sind besonders die Wiederherstellung der **Trinkwasserleitung „Tallinie“** des Wasserzweckverbands Eifel-Ahr, der anstehende Neubau der zerstörten **Kläranlage Sinzig** auf der neuen Gemarkung in Remagen sowie die anlaufende Wiederherstellung der Ahr sowie der Gewässer III. Ordnung zu erwähnen.

Schulen und Kitas

- Die Flutkatastrophe und der anschließende Wiederaufbau haben auch für die Bildungsangebote vor Ort zu tiefgreifenden Einschnitten geführt – für die Kitas und Schulen insgesamt, das Personal und für alle Eltern und Kinder. Das BM begleitet und berät die Schulträger und Bauträger der Schulen und Kindertageseinrichtungen im Prozess der **Wiederherstellung beschädigter Gebäude** gemeinsam mit ADD und LSJV.
- Alle Schulen haben ein **Beratungs- und Fortbildungsangebot** erhalten. Psychologische Unterstützung erfolgte durch die Abteilung Schulpsychologie im Pädagogischen Landesinstitut. Das Beratungszentrum Mayen wurde dafür personell aufgestockt. Um die personellen Mehrbedarfe in Folge der Flutkatastrophe abzudecken, wurden der ADD **schulartübergreifend 23 Stellen zusätzlich zugewiesen**. Diese Stellen sind für Einstellungen von zusätzlichen Lehrkräften zur Kompensation von Belastungen der Schulen durch das Hochwasser vorgesehen und werden auch im aktuellen Schuljahr 2025/26 weiterhin zur Verfügung gestellt.

Familie und Kultur

- Projektmittel an die **Familienbildungsstätte Bad Neuenahr-Ahrweiler** für kostenlose Angebote für Familien sowie anteilige Finanzierung der wissenschaftlichen Begleitung **mobiler Beratungsbüros** für Familien im Ahrtal.
- Zur Dokumentation der Flutkatastrophe wurden **28 Videos mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen** aufgezeichnet. Auf dem digitalen Kulturerbe-Portal des Landes RLP „Kreuz Rad Löwe“ ist seit Ende 2024 eine virtuelle Ausstellung zur Flutkatastrophe zu sehen.
- Seit 2023 wird der **Musiksommer Ahrweiler** gefördert. Im vergangenen Jahr betrug die Förderung 35.000 €. In diesem Jahr sind 20.000 € eingeplant. Es finden insgesamt sieben Veranstaltungen in der Zeit vom 26.06. bis 07.08.2025 auf dem Marktplatz in Ahrweiler mit überwiegend aus dem Ahrtal stammenden Künstlern statt.
- Im Landkreis Ahrweiler konnte im Rahmen des Förderprogramms „Zukunft durch Kultur“ ab April 2024 eine (auf zunächst ein Jahr befristete) hauptamtliche Stelle eines **regionalen Kulturmanagements** eingerichtet werden, die insbesondere die ehrenamtlich Aktiven und Initiativen in der Kultur unterstützen soll.

Arbeit und Qualifizierung

- Die Projekte „**Ganzheitliches Coaching in der Flutregion**“ verfolgten das Ziel, die Vermittlungshemmnisse in Bezug auf die persönliche Wohn- und Lebenssituation der Teilnehmenden, die eine Beschäftigungsaufnahme erschweren oder unmöglich machten, zu reduzieren bzw. zu beseitigen. Die Belange der Teilnehmenden wurden dabei ganzheitlich in den Blick genommen, sei es die Sicherung der Grundversorgung zur Alltagsbewältigung oder die Entwicklung einer beruflichen Perspektive bzw. Neuorientierung. Die Coaches fungierten dabei als Lotsen zu bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Die Projekte richteten sich sowohl an Leistungsberechtigte des SGB II als auch an Personen aus dem Rechtskreis SGB III.
- Das Projekt „**Aufbau-Ahr - Freiwillige Aufbau-Zeit im Ahrtal**“ in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Koblenz förderte handwerkliche Berufsorientierung und soziales Engagement gleichermaßen. Mit Qualifizierungen und Betriebspraktika in unterschiedlichen Gewerken wurde den Teilnehmenden eine vertiefte Berufsorientierung ermöglicht und gleichzeitig wurden Anreize geschaffen, sich für eine duale Ausbildung – im besten Falle in der Region - zu entscheiden.
- Seit 2025 fördert das Arbeitsministerium den Aufbau eines „**Ahrtal-Zentrums für Fachkräfte**“, um die Region bei der Suche nach Fachkräften zu unterstützen. Das MASTD unterstützt den Aufbau im Sinne einer Anschubfinanzierung, in dem aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln die Hälfte einer Vollzeit-Personalstelle finanziert wird.

Medizinische Versorgung

- Fünf Krankenhäuser und zwei Rehakliniken waren von der Flutkatastrophe betroffen. Bis 31.10.2025 wurden Fördermittel in Höhe von **130.335.866 € an die betroffenen Kliniken** ausgezahlt.
- Mit ihren traumatischen Erlebnissen lassen wir die Menschen nicht alleine. Die **psychosoziale Versorgung** war deshalb von Anfang an ein Thema, um das sich die Landesregierung gemeinsam mit ganz vielen Partnern und Partnerinnen gekümmert hat. Am 3. November 2021 unterzeichnete das Land Rheinland-Pfalz mit dem Kreis Ahrweiler und dem Hospiz-Verein Rhein-Ahr, der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik und der DRK-Fachklinik Bad Neuenahr eine **Kooperationsvereinbarung zur Bildung eines regionalen Trauma-Netzwerks**. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützte diese Zusammenarbeit bis zum Jahr 2023 mit 183.000 €.

- Um die Entstehung von psychischen Erkrankungen möglichst zu verhindern, hat das Land auch die Durchführung von **Psychoedukationsgruppen** in Schulen, KiTas, und Unternehmen durch die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz mit dem Netzwerk SofortHilfe Psyche ideell und finanziell unterstützt.
- Anfang Dezember 2021 wurde das **Traumahilfezentrum** in Grafschaft-Lantershofen in Trägerschaft der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik eröffnet. Das Traumahilfezentrum soll als erste Anlaufstelle Hilfe und Unterstützung bieten, um zügig Behandlungen zu ermöglichen und einer Chronifizierung von psychischen Erkrankungen möglichst vorzubeugen. Insgesamt wurden seit der Eröffnung am 1. Dezember 2021 **6.780 Einzelberatungen, 408 Gruppenberatungen und 68 Fortbildungen** durchgeführt. Die Finanzierung des Zentrums erfolgt aus dem Landeshaushalt und war zunächst auf drei Jahre ausgelegt. Wegen der weiterhin hohen Nachfrage wird das Traumahilfezentrum auch in den Jahren 2025 und voraussichtlich 2026 aus Landesmitteln finanziert.
- Der Zulassungsausschuss der Psychotherapeuten und Krankenkassen hat zudem seit 2022 insgesamt **16 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten eine Sonderbedarfszulassung** zur Behandlung von Patientinnen und Patienten aus dem Flutgebiet erteilt. Das MWG hatte die Verfahren im Rahmen seines Mitberatungsrechts begleitet.